

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — **Postfach** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonellzeile oder deren Raum 1.80 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonellzeile 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Justiz- und Spitzel-Schande.

### Eine neue Raumburger Justiz- Ungeheuerlichkeit.

#### Rache für die Niederkämpfung des Kapp-Putsch.

Nachdem das Raumburger Schwurgericht wegen der Märzvorgänge von 1919 40 Angehörige der Leipziger Arbeiterschaft auf 133 Jahre in die Zuchthäuser und Gefängnisse gesandt hat, beginnt die Raumburger Justiz gegen jenen Teil des Proletariats zu wüten, der im März 1920 die Kappisten niedergelämpft hat. Der Angriff gegen die Regierung und die Verfassung war von einem reaktionären Militärputsch ausgegangen. Aber was kümmert so etwas die Raumburger Gerichtsgewaltigen. Herr Landgerichtsdirektor Hagen und seine Strafkammer ließen den Beweis, daß die Raumburger Truppen Eidbrüchig gegen die Regierung gekämpft haben, einfach nicht zu. Wer von Proletariern die Waffen ergriffen hat, wollte auf die Reichswehr schließen. Der Prolet muß also ins Gefängnis. Die Raumburger Rechtspflege schert es nicht, daß eben diese Truppe in Weimar die Regierung zum Knecht gejagt hat.

Trotz aller Beschränkungen der Verteidigung konnte das Gericht die eidliche Feststellung nicht verhindern, daß einer der Angeklagten nur durch Mißhandlungen der vertieften weißen Garden zur Unterschreift des Protokolls in der Vorverhandlung gezwungen worden war. Die Auffassung des Gerichtes charakterisiert es, daß verschiedene Entlastungszeugen gefragt wurden, ob der Angeklagte „USPD-Gesinnung bekundet oder sonst wie gehandelt habe“. Das Befinden zur USPD ist für dieses Gericht gleichbedeutend mit der Absicht des Vorkaufes und Strafbare. Schließlich wurde noch festgestellt, daß die weißen Garden, wie üblich, Fahrgelder gestohlen und sonst geplündert hatten.

Die Verhandlung endete damit, daß 14 Arbeiter wegen Handlungen, die durch die Zeitumstände auch innerhalb der bürgerlichen Rechtsordnung gerechtfertigt sind, zu 7 1/2 Monaten Gefängnis und 350 Mk. Geldstrafe verurteilt wurden. Das Urteil ist der Spitzel der Raumburger Klassenjustiz. Die Strafen sind zwar nicht so ungeheuerlich, wie die im Schwurgerichtspräsidenten. Dafür aber tritt das Ungeheuerliche hinzu, daß Arbeiter bestraft werden, weil sie eidbrüchig, den Kapp-Putsch unterstützende und meuternde Truppen bekämpft haben oder bekämpfen wollten!

Die famose Regierung Müller hat, wie der Prozeß zeigt, ihr Versprechen, daß sie die Verfolgung von Laten, die sich gegen Kapp-Meuzer richteten, verhindern werde, schamlos gebrochen. Die Regierung Wehrensbad wird im Reichstags Rede stehen müssen, ob sie diese Ungeheuerlichkeit dulden oder ob sie schließlich die Verhaftungskämpfer durch eine Amnestie vor den Rachegeulsten einer Klassenjustiz sichern will, die über die Niederwerfung des Kapp-Putschers erobert ist.

### Gute Zeit für Verbrecher.

Am 8. März wurde vom Freikorps Dittschlag eine große Anzahl Soldaten in eine Versammlung der Friedensgesellschaft in Osnabrück kommandiert. Sie erhielten von ihrem Vorgesetzten den Befehl, Radau zu machen und die Versammlung zu sprengen. Die Horde führte ihre Aufgabe glänzend durch. Ein Redner, der sie zur Rube stellen wollte, wurde durch einen Revolverbeschuß so schwer verletzt, daß er auf die Dauer linksseitig gelähmt blieb. Nun begann die Justizkomödie. Es war den amtlichen Stellen nicht möglich, den Täter ausfindig zu machen, ganz einfach deshalb, weil sie es nicht wollten, weil die Tat bei ihnen große Befriedigung ausgelöst hatte. Den privaten Bemühungen der Friedensgesellschaft gelang es schließlich doch, den Täter festzustellen. Es war der Mann Effer von der Dittschlag-Truppe; er wurde verhaftet, am 20. Mai in das Gefängnis eingeliefert, am 21. aber wieder entlassen „wegen Mangels an Anschuldigungen“. Dann trat behördliches Stillschweigen ein. Am 10. Juli aber erhielt der Verletzte folgendes Schreiben:

**Gericht der** Hannover, den 2. Juli 1920.  
**Reichswehr-Regim. 10.**  
III. B. Nr. 453/20.  
II.  
dem Vithographen Herrn Erich Knappe Osnabrück.

In der Untersuchungsphase gegen Unbekannt wegen Körperverletzung wird Ihnen mitgeteilt, daß das Verfahren eingestellt wird, da alle Ermittlungen nach dem Täter bisher ohne Erfolg geblieben sind. Weitere Ermittlungen sind aber ausgeschlossen, da das Reichswehr-Schützen-Regiment 107 inzwischen aufgelöst, und die Mannschaften größtenteils entlassen sind.

(Siegel.) (Unterschrift unleserlich.)  
Kriegsgerichtsrat.

Der Täter war verhaftet, aber man hat ihn laufen lassen und darauf ist er dem ehrenwerten Kriegsgericht wieder „unbekannt“ geworden. Verbrecherhug scheint die Aufgabe dieser Militärjustiz.

### Der Spitzel-Schwindel-Skandal.

Berlin, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Selbst der Vossischen Zeitung werden die Schwindelnachrichten über angebliche kommunistische und unabhängige Putschorganisationen nun zu viel. Sie werden heute morgen unter der Überschrift: **Wem auf die Spur?**

Aus allen möglichen unsichtbaren Quellen fließen uns wieder einmal Nachrichten über angebliches Beweismaterial über kommunistische Putsche zu. Man entdeckt Organisationen toter Armeen, beobachtet Gefändelungen, die von vielen Tausenden von Arbeitern vorgenommen werden usw. Man weiß sogar manchmal, daß die Regierung bereits „eingeschritten“ ist. Hinterher stellt sich heraus, daß die Regierung nicht einschreiten konnte, weil die erwähnten Sensationsmeldungen sich als Märchen herausgestellt haben. Daß diese Serie tendenziöser Erfindungen ein Zufall ist, erscheint ausgeschlossen. Es wiederholt sich vielmehr ein Schauspiel, das man seit langem kennt. Die Taktik, die unmittelbar nach dem Kapp-Putsch nicht ohne Erfolg angewendet wurde, scheint nach der Konferenz von Spa eine Auserkennung feiern zu wollen. Wenn derartige Gerüchte sich zunächst auch als Schwindel herausstellen, so haben sie doch ihre Schwindelart getan und hinterlassen in den Hirnen der Leser den gewöhnlichen Eindruck. Ohne politische Zwecke wird diese Politik sicher nicht getrieben. Wem soll sie zum Vorteil gereichen? Es hemmt das den Anfang der großen Entwaffnungsaktion. Geht es um die 3 Millionen bolschewistischer Gewehre in Deutschland, die Herr Lloyd George so hohe Kopfschmerzen verursacht haben? Es gibt hier nur zwei Möglichkeiten, entweder es werden tatsächlich hemmende Organisationen entdeckt, dann muß sofort und unbedingtes eingeschritten werden, mögen sie nun rot oder blau sein, oder diese Organisationen existieren nicht, dann muß der Legendenbildung durch amtliche Berichtigung sofort vorgebeugt werden.

Die Vossische Zeitung weist dann weiter auf das belastende Material hin, das die Freiheit über Hauptmann Pfeffer und sein Treiben im Kreise Arnswalde veröffentlicht hat.

Die Frage der Vossischen Zeitung, aus welchen unsichtbaren Quellen das angebliche Beweismaterial für solche bevorstehenden kommunistischen Putsche fließt, kann ohne jedes Bedenken dahingehend beantwortet werden, daß der Staatskommissar für öffentliche Ordnung in trauter Zusammenarbeit mit dem Reichswehrministerium auf allen möglichen unterirdischen Kanälen die Presse mit seinen Spitzelberichten versucht.

### Ein neuer Spitzel-Kommissar.

Die Reichsregierung ist offenbar mit dem Material an Spitzelberichten, das der Staatskommissar für öffentliche Ordnung ihr zur Verfügung stellt, noch nicht zufrieden. Sie hat sich deshalb einen besonderen Reichskommissar für die öffentliche Ordnung angestellt. Ein neues Heer von Spitzeln wird also von dieser neuen Dienststelle losgelassen werden, und da es die Ehrensache, und noch mehr die Geldangelegenheit eines Spitzels ist, möglichst viel und möglichst verdächtige Berichte zu liefern, so wird die Presse, so werden die Regierungskreise auf neue mit einer Fülle von Spitzelmaterial überfloodet werden. Dabei haben sich bereits Kompetenzstreitigkeiten zwischen den beiden Kommissaren entwickelt, denn selbstverständlich hielt jeder sich für den einzig Richtigen und Auserwählten. Die Folge wird sein, daß die Zeitung und die Presse mit den widersprechendsten Berichten versorgt werden. Es ist bedauerlich, daß die Regierung die ganze positive Arbeit ihres Regierens offenbar im Wesen solcher Spitzelberichte liegt. Wo wirklich etwas festzustellen ist, da kommen selbstamerweise die Organe der Staatskommissare nicht hin oder sie brauchen erkauflich lange zu den einfachsten Feststellungen. So konnte der nach Arnswalde entsandte Staatsanwalt noch immer nichts feststellen über die reaktionäre Putschorganisation des Hauptmanns Pfeffer, obwohl die Freiheit bereits genaue Daten und selbst atmenmäßig belegte Befehle veröffentlichte konnte.

### Der aufgewärmte Hamburger Putsch-Schwindel.

Ausgerechnet das Berliner Tageblatt hielt es für seine Pflicht, die längst als reaktionäre Mache erwiesenen Nachrichten über kommunistisch-unabhängige Putsch-Vorbereitungen in Hamburg, die wir schon gelegentlich haben, noch einmal aufzuwärmen. Der Mangel an Nachrichten hat den Hamburger Korrespondenten des Blattes veranlaßt, aus mehrere Wochen alten Zeitungen dieses sogenannte Material zusammenzufinden. Um die Sache aktuell zu machen, hat die Berliner Redaktion sich dann beim Staatskommissar für öffentliche Ordnung erkundigt, dort hat man ihr versichert, daß man das Material kenne, daß die Organisation aber keineswegs so umfangreich sei, wie es die Nachrichten darzustellen versuchten, und daß gegen die bestehenden Organisationen gar nichts besonderes vorliege, und man deshalb auch nicht gegen sie einschreiten könne, da es Beweismaterial gegen sie nicht gäbe. Anstatt daraufhin das Material in den Papierkorb zu werfen, hat das Berliner Tageblatt mit einem Schwanz satomnischer Sprüche den dummen Schindel dennoch seinen Lesern vorgelegt. Jetzt muß der Vertreter der Reichsregierung feststellen, daß nach amtlichen Auskünften, die die Senats-Kommission in Hamburg erteilt hat, dort überhaupt nichts von dieser Organisation bekannt ist, daß aber trotzdem eine Untersuchung der Angelegenheit eingeleitet wird.

### Der Deutschnationale Handlungs- gehilfenverband als Saboteur.

Aus München wird gemeldet: Die hiesige Geschäftsstelle des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes erläßt eine Erklärung, wonach Vorkehrungen getroffen seien, um zu verhindern, daß die Angestellten noch einmal zum willkürlichen Werkzeug linksradikaler Gewaltpolitik benutzt wird.

Diese Meldung bestätigt die Richtigkeit nachstehender Zuschrift, die zu veröffentlichen wir bisher wegen Raummangel nicht imstande waren.

Es ist bekannt, daß die Führer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in enger Freundschaft mit den Führern des Kapp-Putsch verbunden sind. Es ist weiter nicht unbekannt, daß der Beamte des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Herr Thiel, der übrigens gleichzeitig 2. Vorsitzender der christlichen Gewerkschaften ist, am 13. März bei der Kappregierung war, um ihr seine Aufwartung zu machen. Für Berlin ist das Publikationsorgan des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes „Die Deutsche Zeitung“, daselbst Blatt, in dessen Spalten ein Herr Zimmermann sich blüht darüber beklagte, daß Herr Kapp und seine Trabanten gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht energisch genug vorgegangen seien, und zwischen den Zeilen allerlei Anweisungen gibt, wie es bei einem neuen reaktionären Militärputsch gemacht werden muß. Dieser Plan scheint jetzt fertig zu sein, und die sogenannten nationalen Organisationsräte rufen zum Kampf. Der Zentralverband der Angestellten gelangt in den Besitz eines Rundschreibens vom Juni ds. Js., das der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband an seine Vertrauensmänner verfaßt; außerdem erhielt er Richtlinien, die nur für die Allgerestreuten bestimmt sind. In dem Rundschreiben heißt es u. a.:

„Wir haben strengvertrauliche Richtlinien ausgearbeitet, welche unserer Kollegenchaft in scharf untrüben Tagen das Verhalten während des Streites und nach dem Generalkstreik vorschreiben.“

Die Richtlinien für einen evtl. Generalkstreik haben vorläufig nur unsere vertraulichen Kollegen in der Bewegung erhalten.

Unseren Betriebsvertrauensleuten werden diese Richtlinien, falls ein Generalkstreik aus parteipolitischen Gründen proklamiert werden sollte, sofort am ersten Tage, an dem der Generalkstreik in Wirksamkeit getreten ist, bekanntgegeben.

Zu diesem Zwecke verammeln sich alle unsere Betriebsvertrauensleute aller Gliederungen und aller Fachgruppen am ersten Generalkstreiktag pünktlich nachmittags 3 Uhr im Restaurant zum Schultheiß, Neue Jacobstraße 24-25 (Berlin C). Daselbst gilt vorläufig für den zweiten Tag des eventuellen Generalkstreikes.

In weiteren Verläufe werden diesbezügliche Zusammenkünfte jeweils gelegentlich der letzten Zusammenkunft bestimmt werden.

Bis zur Ausgabe unserer offiziellen Parole am ersten Tage des eventuellen Generalkstreikes im Schultheiß bitten wir Sie, sich grundsätzlich legerlicher Stellungnahme unserer Organisation zu den übrigen Organisationen in Ihrem Betriebe zu enthalten, da wir den größten Wert darauf legen, daß der ganze Abwehrkampf gegen einen eventuellen Generalkstreik auf breiter Grundlage nach einem bestimmten, organisatorisch und taktisch bis ins kleinste durchgearbeiteten System einheitlich geführt wird.

Wir sind für alle Fälle gerüstet. Zur systematischen Durchführung unseres Abwehrkampfes bedarf es nur Ihres pünktlichen Erscheinens an den oben erwähnten Versammlungen. Eine besondere Einladung ergeht also nicht. Die Tatfrage des wirksam gewordenen Generalkstreiks ist für Sie ohne weiteres der Ruf Ihrer Organisation, dem Sie bitte im Interesse unserer ganzen Standesbewegung unbedingt folgen wollen.

Deutscher Gruß  
Landesgeschäftsstelle Berlin.  
gez. W. L.

Und wie lauten nun diese Richtlinien? Sie erscheinen uns so wichtig, daß wir sie im Wortlaut folgen lassen:

D. S. B. Gau Brandenburg. Berlin, Mai 1920.

Streng vertraulich!

Betrifft: Generalkstreik!

Soweit uns Nachrichten vorliegen, ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß je nach dem Ausfall der Wahlen, die sozialdemokratischen Richtungen oder die freien Gewerkschaften politische Situationen schaffen, die im Gegensatz zu der jetzt von ihnen soviel gepriesenen Vertragstreue stehen. Uns sind aus den Gaugebieten Mitteilungen zugegangen, die beschränken lassen, daß bei einem ungünstigen Wahlausfall für die linksradikalen Richtungen der sog. Generalkstreik ausgerufen werden soll.

Gleichviel, wie die Wahlen ausfallen, wir machen diesen neuen politischen Wahnsinn nicht mit.

Wir haben andererseits aber gesehen, daß unter dem Druck eines gemeinen Terrors man unsere Mitglieder gezwungen hat, die Arbeit niederzulegen.

Die Arbeitgeberchaft hat in mehr als trauriger Haltung die Ausbeziehung Arbeitswilligen nicht nur nicht zu schützen versucht, sondern hat in theaterhaft aufgemachten Arbeitergerichten über unsere Kollegen zu Gericht sitzen lassen. Sie hat nicht ein-



mal den Mut aufgebracht, vor diesen Tribunalen zuzugestehen, daß Maßnahmen über das zwischen der Arbeitgebererschaft und den Angestellten bestehende Vertragsverhältnis nur von den Vertragsparteien getroffen werden können und daß über Entlassungen von Angestellten und Sonstiges weder Arbeiter noch die Afa zu bestimmen haben.

Wir haben zum Ueberflus auch noch die Wahrnehmung machen können, daß für solche Generalkonferenzen die Streikenden belohnt worden sind.

Wir haben bei kommenden gleichen Gelegenheiten gar keine Veranlassung, auf irgendeine Seite Rücksicht zu nehmen.

Für uns kommt einzig und allein in Frage, daß wir unsere gewerkschaftliche Ueberzeugung von keiner Seite terrorisieren lassen. Alle Mittel sind uns recht, um unsere Anschauungen rückstandslos durchzusetzen. Wir nehmen keinerlei Rücksicht auf lebenswichtige Betriebe, weil wir in der Abwehr stehen und um unser Bestehen kämpfen.

Wir erheben daher für unsere Organisation an:

1. Sofort bei Beginn eines solchen Streiks ist dem Arbeitgeber zu sagen, daß wir arbeitswillig sind, daß er uns aber klipp und klar zu sagen hat, in welcher ausreichenden Weise er uns zu schützen gedenkt. Von Anfang an wird verlangt, daß wir spätere Arbeiter- oder sonstige Gerichte nicht anerkennen und uns diesen auch nicht fügen.

2. Beginn auch nur der geringste gewalttätige Terror gegen uns, wird sofort in allen Betrieben und Werken die Arbeit vollständig niedergelegt.

Es ist strikt verboten, daß irgendein Lohnbureau auch nur einen Federstich macht. Die Lohnbureaus haben die Unterlagen für die Lohnberechnungen so zu „sortieren“, daß kein Mißgeschick, auch nicht Prokuristen und Direktoren, sich durchschieben. Wir überfallen der Feindseligkeit unserer Kollegen die Art, wie sie diese Besuche unüberlegt machen wird.

3. In Industriebezirken oder Revieren des Bergbaus, wo die Artikel für Lebensbedürfnisse in Verteilungstellen vorausgibt werden, hat die Kollegenchaft gleichfalls sofort vollständig die Arbeit niederzulegen.

Unterlagen über Lagerorganisation und Bestände verschwinden sofort. Der Betrieb ruht völlig, selbst auf die Gefahr hin, daß die Betriebe gestört werden. Um so eher tritt das Bedürfnis nach geordneter Versorgung wieder ein. Im übrigen wird versucht, den Kleinhandel zur Schließung der Geschäfte zu veranlassen. Der nötige Druck kann dahinter gesetzt werden. Die besonderen Anordnungen darüber bitten wir einzufordern, wo die Verhältnisse das bedingen.

Ebenso ist anzustreben, daß in solchen Gegenden oder Bezirken, in denen die Kollegenchaft den Einkauf und das Anrufen der Lebensmittel unter sich hat, Dispositionen getroffen werden, daß, selbst wenn die Bahn nicht streikt, kein Waggon Lebensmittel in den Bezirk rollt, ehe nicht die Sachlage nach unseren Wünschen geklärt ist. Wenn man nicht selber mit dem Personal der Lebensmittel-Firmen in Verbindung steht, ist Verbindung durch unsere Geschäftsstellen aufzunehmen. Die Maßnahmen sind bereits durchzuführen, wenn der Terror beginnt.

Die ganze Lebensmittelversorgung steht also still.

4. Expeditionen: Es versteht sich am Rande, daß Wagenbestellungen oder sonstige Arbeiten in der Expedition, selbst fertig versandbereite Sendungen, liegen bleiben.

Die „Sortierung“ der vorhandenen Unterlagen ist gleich so vorzunehmen, wie in den Lohnbureaus. Mißgeschickes dürfen sich in nichts zurechtfinden.

5. Kassengeldkäse: Wir geben über die Handhabung dieses Teiles unserer Tätigkeit noch besondere Richtlinien heraus!

6. Beiräte müssen gleichfalls aus den Betrieben.

7. In jedem Bezirk — Ortsgruppe — mehrere D. G. zusammen — in jedem Revier bilden sich sofort Leitungsausschüsse, die unter Berücksichtigung der Verhältnisse die Organisation durchführen.

8. Wiederaufnahme der Arbeit: Das ist die Hauptsache! Wir lassen uns weder von der Arbeiterschaft, noch von der Afa, noch von den Arbeitgebern zur Wiederaufnahme der Arbeit, kommandieren. Erst dann arbeiten wir, wenn durch Verhandlungen Klipp und klar festgelegt und niedergelegt ist, daß wir unsere gewerkschaftliche Anschauung für alle Zukunft ungehindert vertreten können und daß wir nur zur Arbeitsniederlegung schreiten, wenn wir selber das beabsichtigen.

Garantien, daß wir ungehindert und restlos wieder in die Betriebe können, sind zu verlangen. Arbeiter- oder sonstige Gerichte über uns lehnen wir grundsätzlich ab.

Diese allgemeinen Bestimmungen werden durch ausführliche Ausführungsbestimmungen ergänzt werden.

Für Großstädte werden besondere Bestimmungen getroffen. Für Gegenden, in denen wir nicht die Mehrheit haben, gleichfalls. Ebenso werden wir die Haltung zu anderen Verbänden noch erklären.

Diese Richtlinien sind im Kreise vertrauter Obleute zu besprechen und die Organisation schnellstens durchzuführen. Vorbereitende Arbeiten in den Betrieben, mit Bezug auf die Ziffern 1, 2, 3, 4, 5 und 8 sind zu erledigen.

Anfragen an die Gauleitung unter dem Stichwort „Generalkonferenz“ erbeten.

Deutschen Gruß!

Der Gauvorsitz.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband bestreift somit erneut seinen längst bekannten reaktionären Charakter. Er ist nichts anderes als ein Anhängsel der Rapp und Konforten, der monarchistischen Reaktion, die auf dem Sprunge liegt, die alte wilhelminische Herrschaft wieder herzustellen. Und jedes Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist recht. Was den Arbeitern als schwerstes Verbrechen angesehen wird: die eventuelle Abschließung auch lebenswichtiger Betriebe ist es zu setzen, das ist von den deutschnationalen Heiden in ein faktisches, augenblickliches System gebracht worden zur Erreichung politisch reaktionärer Zwecke.

Wer unter den deutschnational organisierten Handlungsgehilfen jetzt noch nicht erkannt hat, wozu er mißbraucht wird, der soll sich nicht wundern, wenn freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte es ablehnen, mit ihm fernerhin zusammen zu arbeiten.

## Der Ausschuh für Auswärtiges über Spa und Dittage.

Berlin, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung der D. B.) Der Berliner Sozialdemokrat ist wieder einmal in der Lage, über vertrauliche Beratungen des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten zu berichten, der gestern abend unter dem Vorsitz Dr. Stresemanns im Reichsministerium des Innern getagt hat. Von den Ministern waren anwesend: Ministerpräsident Heinke, Gehler, Koch, Scholz, Wirth und Dr. Simons. Simons referierte eingehend über die Verhandlungen in Spa. Nach ihm sprach der Abgeordnete Bernstein, der im wesentlichen seine Zustimmung zu der Haltung der Delegierten zum Ausdruck brachte. Er verlangte eine möglichst baldige Umbildung der Sicherheitspolizei und eine besondere Fürsorge für die Bergarbeiter, empfahl aber die baldige Sozialisierung der Bergwerke aufs schärfste. Diese Forderung wurde nach dem Bericht des Berliner Sozialdemokraten durch den Abgeordneten Ledebour unterstützt, der außerdem die schnelle Beseitigung der Kohlenwehre forderte. Der Abgeordnete Heffler kritisierte die militärischen Konzeptionen in Spa und bezeichnete die Entwaffnung als undurchführbar. Von Bernstein und Ledebour wurde Stinnes als Sachverständiger abgelehnt. Darauf erklärte Dr. Simons, daß er die volle Verantwortung für Stinnes

übernehme und die Franzosen keine Verhandlungen wünschten in denen nicht Stinnes zugegen war.

Ledebour beantragte die seltene Einberufung des Reichstages. Der Antrag wurde abgelehnt. — Der Reichstagspräsident Voegelé erhob dagegen Einspruch, daß der Reichswirtschaftsrat seltener über Spa im Plenum berate, als der Reichstag. Simons antwortete, daß der Reichstag durch seinen Ausschuh sich vor dem Reichswirtschaftsrat in zwei Sitzungen mit der Angelegenheit befasse.

Auf eine Anfrage aus der Versammlung über die Maßnahmen des Reiches über die Gefahren im Osten erklärte Dr. Simons, daß der Reichspräsident Ebert versichert habe, Deutschland würde sich dem polnisch-russischen Kriege gegenüber neutral verhalten. Die Alliierten wurden ersucht, unsere militärischen Maßnahmen im Osten nicht als einen Verstoß gegen den Friedensvertrag anzusehen. Es sind alle Maßnahmen getroffen, um Uebergriffe der Grenze durch kämpfende Truppen zu verhindern.

Aus einem Bericht des Wolffs Bureau entnehmen wir noch: Abg. Ledebour fragte, ob der Minister für den Fall von inneren Unruhen einen Appell an die Entente gerichtet habe.

Reichsminister Dr. Simons wies die Darstellung, als habe er den vom Abg. Ledebour erwähnten Appell an die Entente gerichtet, nachdrücklich zurück.

## Spa-Debatten.

Vor Vertretern der Presse hat am Dienstag der Reichsaussenminister Simons sich über Spa geäußert. Er hat nicht gerade viel Neues gesagt. Wir können den größten Teil seiner Ausführungen unseren Lesern schenken. Bemerkenswert zu werden verdient, daß Simons die Meldungen über die Rücktrittsabsichten einzelner Minister zurückwies, wobei wir dahin gestellt sein lassen wollen; ob dieses Dementi noch zutreffen wird, wenn die Deutsche Volkspartei sich zu der Äußerung geäußert hat. Wichtig scheint uns die Mitteilung, daß die Franzosen, die Frankfurter a. M. noch ohne Zustimmung der Alliierten beschien, in Spa ihre Verbündeten zur Anerkennung der Einmarschkaufel bewegen haben, worin sich zweifellos der Erfolg des Hinzögerns der Heeresvermehrung in Deutschland und der dummen nationalistischen Herausforderungen widerspiegelt.

Zum Kohlenabkommen erklärte der Minister u. a., er und seine Kollegen seien sich darüber klar, daß sowohl die Produktion als auch die Verteilung der Kohlen verbessert werden müßte, was zweifellos richtig ist — wir haben schon auf die technischen Folgen der Sozialisierung hingewiesen, ob Herr Simons diese Maßnahme meint, ist allerdings fraglich.

Etwas dunkel ist die Wendung Simons, er habe den Plan, mit Hilfe von Ententeoffizieren die Zivilbevölkerung nach Muster gewisser englischer Kolonien zu Polizeizwecken heranzuziehen. Da das Reichskabinett mit der Frage noch nicht befaßt sei, wolle er vorläufig darauf noch nicht näher eingehen. Simons schloß mit den Worten, Deutschland könne nur weiterkommen, wenn wir als Basis unserer Vorschläge die möglichst genaue Durchführung des Friedensvertrages annehmen. Gewiß wird sich dabei herausstellen, daß verschiedene Bestimmungen des Vertrages einfach undurchführbar sind. Man darf aber nicht immer gerade das in den Vordergrund stellen, wenn man überhaupt das Mißtrauen unserer Gegner überwinden will. Deshalb erkläre ich ausdrücklich, daß die ehrsche Durchführung des Friedensvertrages mein Programm ist.

Die Konferenz in Genf — nach längerer Ungewißheit, ob Genf oder Genf, ist nun endlich festgestellt, daß die Schweizer Stadt als Sitz der nächsten Zusammenkunft gewählt ist — wird hauptsächlich von technischen Delegierten besetzt werden.

Aus dem Ruhrgebiet wird von einer Reihe von Bergarbeiterversammlungen gemeldet, in denen betont wurde, daß die deutsche Bergarbeiterchaft den ehrschen Willen habe, am Wiederaufbau des europäischen Wirtschaftslebens nach besten Kräften mitzuwirken. Sie bejawelt aber die Unausführbarkeit der in Spa unter dem Zwang der Not eingegangenen Verpflichtungen. Die Arbeitsgemeinschaft im Ruhrgebiet wird voraussichtlich noch in dieser Woche zur Kohlenfrage Stellung nehmen und die neulich unterbrochenen Verhandlungen über das Uebersehichtabkommen wieder aufnehmen.

Eine Bezirkskonferenz der Wurm-Bergarbeiter in Aachen sagte eine Entschlieung, worin sie in aller Schärfe gegen die immer wiederkehrende Androhung von militärischen Zwangsmaßnahmen protestieren. Sie erkennen die Verpflichtung, die Kohlenlieferungsbedingungen im Versailles-Vertrage nach besten Kräften zu erfüllen, an. „Wir sind aber nicht gewillt, uns als Arbeitsknecht zu behandeln zu lassen. Die Drohung zu Zwangsmaßnahmen richtet sich gegen uns. Man will uns die verflüchtete Schicht nehmen und uns zwingen, in bedeutend verlängerten Schichten zu schuften, bis zum Zusammenfall. Dagegen werden wir uns mit allen Kräften zur Wehr setzen.“

Der in Nordhausen tagende Verbandstag der Thüringer Bergleute der Kali-, Kohlen- und Eisenerzgruben hat zur Konferenz in Spa eine Entschlieung angenommen, in der die Mitarbeit der Bergarbeiter am Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Gebiete versichert, aber gegen die Versklavung der deutschen Arbeiter protestiert wird.

## Sinter den Kulissen der deutschen Spa-Delegierten.

Die Rolle des Herrn Stinnes.

Ein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist in seiner Eigenschaft als noch im Bergwerk praktisch tätiges Mitglied des Bergarbeiterverbandes auf Veranstaltung des Reichsarbeitsministeriums als Sachverständiger in Spa gewesen. Er machte einige Mitteilungen über den Gang der dortigen Verhandlungen. Wir entnehmen ihnen folgendes:

In einer Besprechung der deutschen Sachverständigen, die am Donnerstag, dem 8. Juli, in Spa stattfand, erklärte der Großindustrielle, Geheimrat Arnhold, Oberschlesien, daß die Gesamtforderungen der Entente in Höhe von 30½ Millionen Tonnen jährlich abgelehnt werden müssen. Man solle versuchen, durch Verhandeln ein annehmbares Uebereinkommen zu treffen. Alle Anwesenden waren gleichfalls der Meinung, man müsse unbedingt zu Verhandlungen zu kommen versuchen. Stinnes war in dieser Sitzung nicht anwesend, sondern kam erst am Freitag, dem 9. Juli,

in Spa an. Am Freitag, dem 9. Juli, machte der Reichskohlenkommissar Stuh den Vorschlag, man solle der Entente eine monatliche Grundmenge von einer Million Tonnen anbieten und dann von der Mehrförderung über die Produktion des Monat Mai von 10 Millionen Tonnen monatlich einen prozentualen Anteil gewähren. Er schlug eine gestaffelte Abgabe von der Mehrförderung als Zusatzmenge für die Entente vor. Dieser Plan des Reichskohlenkommissars wurde mit Änderungen von den deutschen Sachverständigen gebilligt. Stinnes, aber, der in dieser Sitzung anwesend war, stellte sich schon damals auf den Standpunkt, daß man es nicht notwendig habe, unter allen Umständen mit der Entente zu verhandeln. Es schien ihm ziemlich unerheblich zu sein, ob die Entente das Ruhrgebiet besetze oder nicht. Deutschland könne nicht die von der Entente geforderten Mengen liefern, da sonst das deutsche Wirtschaftsleben völlig zusammenbräche.

Unser Gewährsmann wandte sich gegen Stinnes und verlangte unter allen Umständen, daß die Verhandlungsmöglichkeiten gewahrt bleiben. Sehe man jetzt, wie Stinnes es fordert, der Entente ein schroffes Nein gegenüber, so müsse schließlich die deutsche Regierung unter dem Druck der Entente doch nachgeben, genau so, wie es bei Abschluß des Friedensvertrages gegangen sei. Stinnes meinte demgegenüber, man könne es ruhig darauf ankommen lassen.

Es wurde dann in der Sitzung beschlossen, daß die deutsche Delegation von der Entente verlangen sollte, daß die deutschen Sachverständigen, und zwar wurden Stinnes und Hue bestimmt, in der Plenarsitzung mit den Entente-Delegationen sprechen sollten. Das geschah denn auch. Stinnes sprach aber vor den Ententevertretern viel schärfer als vorher in der Sitzung mit den deutschen Sachverständigen. Er las übrigens seine Rede wörtlich nach einem Schreibmaschinenmanuskript ab. Hues Rede war vorher von den Bergarbeitervertretern, wozu außer ihm noch der christliche Gewerkschaftssekretär Imbusch und unser Gewährsmann gehörten, in den Grundzügen verabredet worden.

Als Stinnes in seiner Rede auf die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverlängerung im deutschen Bergbau hingewiesen hatte, führte unser Gewährsmann sofort mit Hue eine Verständigung darüber herbei, daß Hue demgegenüber mit aller Schärfe das internationale Verlangen der Bergarbeiter nach der Sechsstundenschicht hervorheben sollte. Nach den Reden von Stinnes und Hue fand sofort eine Besprechung der deutschen mit den Entente-Sachverständigen statt. In dieser Sitzung schlugen die deutschen Sachverständigen zum Teil den schon erwähnten Kohlenverteilungsplan des Reichskohlenkommissars Stuh vor, wobei sie gleichzeitig darauf hinwiesen, daß eine Mehrleistung der deutschen Bergarbeiter nur durch eine Sicherung einer besseren Ernährung erzielt werden könnte. Gleichzeitig unterrichtete der Reichskohlenkommissar Stuh an der Hand einer Tabelle über die Kohlenverteilung an Eisenbahn, Industrie und Gewerbe. Nach wie vor blieben die deutschen Sachverständigen auf ihrer Meinung bestehen, daß eine monatliche Kohlenlieferung von 2 Millionen Tonnen an die Entente das deutsche Wirtschaftsleben auf das schwerste gefährden müsse.

Am Sonntag, dem 11. Juli, vormittags, fand abermals eine Sitzung der deutschen und Entente-Sachverständigen über den deutschen Kohlenverteilungsplan statt. Die Ententevertreter kritisierten insbesondere, daß dem Selbstverbrauch der Zechen die Kohlenprodukt an die Bergarbeiter zugerechnet seien und verlangten die Einordnung der Deputate unter die Hausbrandmenge. Doch ließen sie schließlich auf die Einwendungen der deutschen Arbeitervertreter ihren Einspruch fallen. Im übrigen aber erklärten sie, daß sie zwar einer Verminderung der Monatslieferungen Deutschlands auf 2 Millionen Tonnen Kohlen zustimmen könnten, daß sie andererseits aber grundsätzlich auf dem Vorschlag der Reparationskommission, der Deutschland zu einer Lieferung von monatlich 2½ Millionen Tonnen Kohle verpflichtet wolle, bestehen blieben.

Die Bergarbeiter-Sachverständigen sind dann schließlich am Montagmorgen abgereist, da sie ihren Standpunkt genügend klargelegt zu haben glaubten. Er ging, wie nochmals betont sein mag, dahin, daß eine monatliche Kohlenlieferung von 2 Millionen Tonnen die schwersten Gefahren für die deutsche Wirtschaft im Gefolge haben würde.

Ganz klar zeigte es sich bei den Besprechungen der deutschen Sachverständigen, daß Stinnes von vornherein bewußt auf den Abbruch der Verhandlungen mit der Entente hinarbeitete. Immer wieder versuchte er, die Unmöglichkeit der Entente-Forderungen nachzuweisen und weiter, daß eine Besetzung des Ruhrgebietes nicht so gefährdend sei, wie man glaube. So meinte er unterwoge nach einer Sitzung, daß man ja bei einer Besetzung des Ruhrgebietes durch die Entente einmal mit der Sechsstundenschicht beginnen könnte. Der christliche Gewerkschaftsführer Imbusch arbeitete objektiv Herrn Stinnes in die Hände und zwar durch die Bemerkung, daß er zur Kündigung des Uebersehichtabkommens ermächtigt sei.

Welche Zwecke Stinnes mit seiner aggressiven Haltung verfolgte — die ihm bei seiner Rede vor den Entente-Delegierten die Unterbrechung durch den Vorstehenden, den belgischen Ministerpräsidenten de la Croix, zuzog, der ihn ersuchte, da man sich doch im Frieden befände und verhandeln wolle, einen andern Ton anzuschlagen —, läßt sich noch nicht klar erkennen. So viel aber steht fest, daß Stinnes vorher mit einer ganzen Reihe von Vertretern der Entente Besprechungen gehabt hat, daß seine Beziehungen, insbesondere auch nach den Ländern der Entente, außerordentlich ausgedehnt sind. Vielleicht hat Herr Stinnes, man kann nicht wissen, zwei Eisen im Feuer.

## Die Dittage.

Der französische Ministerpräsident ist entsetzt über die „Unverschämtheit“ der Antwort, die Sowjetregierung auf ihr Angebot einer Waffenstillstands- und Friedensvermittlung mit Polen gegeben hat. Millerand hat am Dienstag in der französischen Kammer ausgeführt, er sei vom französischen Volkstheater verständigt worden, daß die Sowjetregierung „mit einer seltenen Frechheit gemäß ihren Gewohnheiten“ der Londoner Regierung geantwortet habe. Solange der Wortlaut der russischen Note nicht bekanntgegeben ist, läßt sich diese Behauptung nicht nachprüfen. Wichtig ist aber die Form der russischen Antwort ist der Inhalt. Ueber ihn ist in den letzten Tagen verschiedenes behauptet worden, so daß Rußland die englische Vermittlung ablehne, aber aus eigenem Willen den Waffenstillstand gewähren wolle, und daß sie die Friedenskonferenz nicht in London



wie Lloyd George vorschlug, sondern in West Kiewsk lagen lassen will. Aus der Darstellung Millerands geht nicht hervor, ob er diese teilweise Ablehnung der englischen Vorschläge schon als feststehende Tatsache betrachtet, oder ob eine völlige Ablehnung der Waffenstillstandsforderung vorliegt.

Ueber Basel kommen Meldungen, wonach ein Bericht der Mosloyer Prava besage, daß Lenin in einer Rede in Moskau erklärte, der Bormarsch der Russen sei nicht mehr aufzuhalten. Der Bolschewismus werde sich jetzt über ganz Mittel- und Westeuropa ausbreiten. In den eroberten polnischen Städten habe die Bewohnerchaft die Roten Truppen mit Begeisterung begrüßt. Der russische Außenminister Tschitscherin erklärte, es sei für die Wiederaufrichtung des alten Rußlands nötig, mit Deutschland eine gemeinsame Grenze zu haben. Die Offensive gegen Polen werde nur dann ihr Ende finden, wenn dieses Ziel erreicht sei.

Gleichzeitig wird aus Warschau gemeldet: Die Lage gestattet keinen Zweifel mehr: die Bolschewiki lehnen tatsächlich jede Vermittlung ab. Vom Waffenstillstand ist keine Rede mehr; der Kampf geht weiter, ein Erstlingskampf des polnischen Staatswesens. Einige Optimisten glauben zwar, die Bolschewiki würden freiwillig an den ethnographischen Grenzen Polens Halt machen und einen Frieden vorschlagen. Das sind unbegründete Illusionen. Nur damit kann man möglicherweise rechnen, daß an diesen Grenzen der polnische Widerstand etwas festeren Fuß fassen wird; die neu formierten Reserveen könnten dort eine gewisse Wirkung ausüben. Vorläufig ist selbst das unsicher.

Die bolschewistische Nordfront nähert sich unvermindert rasch. Nach dem Heeresbericht konzentrierte der Feind gestern nördlich von Grodno seine Massen. Heute wird um die Stadt und zugleich um den Njemen-Übergang gekämpft. Grodno liegt 150 Kilometer östwärts Wilna und 275 Kilometer von Warschau entfernt. Auch über Lidia und Nowogrode gehen die Sowjettruppen gegen den Njemen vor. Um Baranowitsch und an der Schara-Brücke sind Kämpfe im Gange. Ein breiter Angriff auf Komel soll an der Stry-Brücke ausgeführt sein. In der Ebruck-Brücke, der Grenze Ostgaliziens, wird um Hofstyn gekämpft.

Wir halten es für geraten, diese Meldungen mit großer Reserve aufzunehmen. Polen und andre haben Beweggründe genug, um die Russen als unverwundlich hinzustellen. Verschiedene Meldungen machen direkt den Eindruck, als seien sie darauf berechnet, Vorwände für die Veräberung der deutschen Heeresverminderung zu liefern. Wir halten die Sowjetregierung für viel zu klug, als daß sie das Selbstbestimmungsrecht der Polen antasten und eine Verschlechterung Polens anstreben könnte.

Der Berliner Reichsanzeiger veröffentlicht eine Bekanntmachung des Reichspräsidenten, wonach Deutschland in dem Kampfe volle Neutralität beobachtet.

## Die Marburger Mörder-Studenten.

Den Marburger Mörder-Studenten und ihren Freunden ist nach dem schändlichen Freispruch des Kameraderichters der Ramm sehr geschwollen. Aus Marburg wird berichtet, daß sie am Montag, 19. Juli, eine Protestkundgebung gegen den Kultusminister veranstaltet haben (der ja übrigens, wie wir gestern mitteilten, schon halb und halb den Rückzug angetreten hat). Darauf beriefen die „L. h. i. t. a. m. D.“ am Dienstagmorgen (nach einer Woffsmeldung) eine kommunistische (?) Versammlung auf dem Marktplatz ein. Der größte Teil der Marburger Studenten war zu dieser Versammlung ebenfalls erschienen, und als der kommunistische Redner seine Rede beendet hatte, stimmten die Studenten das Lied Deutschland, Deutschland über alles an, worauf es zwischen den Studenten und den Arbeitern zu Schlägereien kam. Um 10 Uhr abends zog die gesamte Marburger Studentenschaft durch die Straßen der Stadt, vaterländische Lieder singend. Auch hierbei kam es zu Zusammenstößen, wobei ein Schuyman durch Stoßschläge schwer verwundet wurde.

Die Herren Mörder-Studenten stützen sich. Mit den Kundgebungen verfolgen sie außerdem den feinen Plan, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen und die zweite Instanz, die das Endurteil nachprüfen soll, zu beeinflussen — als ob das bei den Richtergerichten nötig wäre! Wer Ohren hat zu hören und Augen zu sehen, wird freilich den Unschuldsbeteuerungen der Mörder nur glauben können, wenn er die Tatsachen nicht sehen und hören will! Gerade zu rechter Zeit veröffentlicht der Vorwärts das Protokoll über die Zeugenaussage des Offizier-Stellvertreters Bahlsheim,

der nach dem Prozeß prompt gemahregelt und aus der Reichswehr entlassen wurde. Natürlich nicht um seiner Aussage willen, so verlässern die vorgelegten Stellen; ob irgend jemand so vertrauenswürdig ist, dieser glatten Lüge zu glauben, lassen wir dahingestellt. Die Aussage des Gemahregelten erklärt die Mut der Mörderbeschützer nur zu sehr. Im wesentlichen lautet sie:

Am Morgen des 25. März erfuhr ich dann, daß in Thal etwa 17 Mann, angeblich „Sparristen“, durch die Studenten verhaftet worden seien, und daß diese Verhafteten während der Nacht im Spritzenhaus in Sättelstadt untergebracht und von Studenten bewacht worden waren. Am 25. März, etwa um 7 Uhr morgens, trat das Bataillon v. Seelow den Vormarsch gegen an. Ich befand mich fast am Ende der Gefechtsbagage, die hinter dem Bataillon fuhr. Die verhafteten Sparristen wurden ebenfalls mitgenommen und folgten der Gefechtsbagage mit einem Abstand von etwa 100 Meter unter Begleitung von etwa 10 bis 12 Studenten (die genaue Anzahl der Begleitmannschaften kann ich nicht angeben) hinter dem Bataillon, die Hände dauernd über dem Kopfe zusammengehalten, hergeführt. Auf dem Marsche sah ich, daß die Gefangenen von ihren Begleitern in der rohesten Weise durch Tritte auf die Hüfte, Stöße mit dem Gemeinsschloß, mißhandelt wurden. Etwa in der Zeit zwischen 7,30 Uhr und 8 Uhr vormittags hörte ich hinter mir Schüsse fallen. Es war zwischen Meckertstorf und Duderstadt, neben einer Haltestelle der Staatsbahn. In der Nähe dieser Haltestelle standen etwa 8 Bahnarbeiter an der Chauffee, welche bei Beginn des Schießens fortliefen.

In der Annahme, daß wir im Rücken von Rotgardisten angegriffen würden, machte ich meine Schutzwaaffe schußbereit. Ich beschloß meinen Leuten, daselbst zu tun. Auf meinen Wunsch holte der Bagageführer (ein Student, vermutlich ein früherer Reserveoffizier) von dem am Schluß des Bataillons marschierenden Kompanie eine Gruppe zur Deckung der Bagage. Ich hatte den Eindruck, daß der Bagageführer derselben Annahme war wie ich. Auch die dem Bataillon Seelow zugewiesene Flakbatterie, welche sich bei der Gefechtsbagage befand, machte sich schußbereit. — Nach einigen Minuten fielen weitere Schüsse. — Darauf ritt der Bataillonsadjutant nach hinten, lehrte jedoch nach kurzer Zeit zurück. — Das Schießen hielt indessen an.

Nach einigen Minuten kam ein Student von hinten. Auf meine Frage, was hinten los sei, gab er mir zur Antwort, daß sie drei oder vier Gefangenen erschossen hätten. Er drückte sich unklar weiter so aus, daß es nicht lange dauern würde, dann seien alle erschossen. Ich gewann den Eindruck, daß die die Gefangenen begleitenden Studenten sich freiwillig zur Begleitung derselben gemeldet hätten, um ihre Wollust an diesen Bedauernswürdigen stillen zu können. — Der Marsch des Bataillons und der noch lebenden Gefangenen wurde indessen ungehindert weiter fortgesetzt. Nachdem zum zweitenmal Schüsse gefallen waren, begab auch ich mich nach einer kurzen Zeit zurück zu den Gefangenen. Hier sah ich wiederum aus nächster Nähe, wie die Gefangenen durch ihre Begleiter in der rohesten Weise mißhandelt wurden. Ich sah auch, wie sie gezwungen wurden, im Gleichschritt zu gehen. Von einigen Studenten wurde versucht, mich an dem Zuschauen zu verhindern. Auch wurden einige andre Leute der Bagage, welche ebenfalls hinzugekommen waren, von Studenten zurückgewiesen.

Nach einigen Minuten ging ich wieder zur Gefechtsbagage nach vorne. Bald darauf sah ich die Feuer wieder ein, dann verstimmt es. Kurz darauf kamen sämtliche Begleitmannschaften nach vorne und begaben sich zu ihrer Kompanie. Auf die Frage eines andern Studenten, welchem die Begleitmannschaft in der Nähe meines Fahrzeuges benetzte, „Sind sie alle erledigt?“ — bekam dieser zur Antwort: „Alle erledigt!“ Letzteres war kurz vor Duderstadt.

Den Dragoner Trempo von den Gelsmarter Dragonern, welcher mir als Wadwagenführer während untrer Operation in Thüringen ausgestellt war, der sich aber mit diesem Fahrzeug bei dem großen Paqage befand, die erst später auf derselben Straße dem Bataillon folgte, frante ich, ob er die erschossenen Gefangenen auf der Straße liegen gesehen habe. Er erzählte mir daraufhin, daß er die aus nächster Nähe gesehen hätte, und daß sie grauenhaft, total von einer ganzen Anzahl Kugeln durchbohrt, ausäßen. Er erzählte mir weiter, daß nur eine einzige Leiche dabei gewesen sei, die nur einen Schuß durch die Seiten gehabt hätte, alle andern seien durch eine größere Anzahl Schüsse bis zur Unkenntlichkeit zugerichtet gewesen. Auf meine Frage, ob die Toten alle auf der Straße gelegen hätten, teilte er mir mit, daß sie fast alle direkt neben der Straße, ein kleiner Teil etwas weiter ab ließen würden.

Einigen Studenten fragte ich noch während der Schierelei, ob die erschossenen Gefangenen auf der Straße liegen hätten gesehen. Er gab mir zur Antwort: „Sie lassen sie nach Warschau schicken, unser Anatomie brantst Leichen! Uebrigens werden sie ja auf der Straße gar nicht erschossen, sondern es wird jedem erst gesagt, er soll von der Straße heruntergehen, um dann auf ihn schießen zu können.“ Ich gewann hierdurch den Eindruck, daß die Erschießung der Vermissten verabredete Sache war.

Wie wir in Gotha waren, verbreitete sich das Gerücht, daß das Standrecht aufgehoben sei. Das erregte unter den Studenten eine große Mißstimmung und ich hörte von verschiedenen Feuerungen wie: „Zeit woken wie aber Ebert selgen, daß er nichts an zu sagen hat!“ und „wir werden jetzt auf eigene Faust Standrecht machen“.

Das Protokoll ist ein Dokument von erschütternder Wucht, das die Schande der Militärjustiz, die Ungeheuerlichkeit des Freispruchs in unbarmherzig grelle Beleuchtung rückt. Wir wiederholen: Nur der kann an die Unschuld der Mörder-Studenten glauben, der die schreienden Tatsachen nicht sehen, nicht hören will.

## Höll zu schwerem Kerker verurteilt.

Prag, 20. Juli. (Meldung des Tscheco-Slowakischen Pressebureaus.) Gestern fand vor dem Kreisgericht in Gitschin die Verhandlung gegen den tschechischen Kommunisten Max Höll statt. Die Anklage legte ihm zur Last, daß er am 27. April in Marienbad eine Handgranate herangezogen hatte, um seine Verhaftung zu vereiteln. Er ist deshalb des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit und der Uebertretung des Sprengstoffgesetzes angeklagt. Er verteidigte sich damit, daß er nicht beabsichtigt hätte, die Gendarmen zu bedrohen. Diese beharrten jedoch bei ihrer Aussage und Höll wurde wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit zu vier Monaten schweren Kerkers mit einem harten Lager monatlich und zu einer Geldstrafe von zwanzig Kronen wegen Uebertretung des Waffenpatents verurteilt. Die Strafe wurde jedoch bedingungsweise ausgesprochen, so daß Höll sie nicht antritt.

Höllsige Anhänger sitzen heute noch in Dresden in Untersuchungshaft; die tschechische Justiz hat noch keine Zeit gefunden, sie entweder freizulassen (denn der größte Teil von ihnen ist unschuldig) oder wegen geringer Vergehen, wie Waffentragen, endlich die Verhandlungen zu beginnen. Bei einem Teile dürfte auch die Begnadigung eintreten, denn es handelt sich um Opfer der heutigen Gesellschaft, die sich aus Mangel an Erstlingsmitteln Höll angeschlossen haben. Ein Teil von ihnen wird wegen „Schleret“ in Haft behalten. Die „Schleret“ wird darin gesehen, daß sie von Höll Wohnung erhalten haben. Die tschechischen Juristen haben jetzt Ferien und daher offenbar keine Zeit, sich um die Opfer des Rappstaatsstreiches zu kümmern, damit sie endlich der qualvollen Ungewißheit entzissen werden, was mit ihnen wird.

Der Verteidiger von Höll, Rechtsanwalt Abels, hat sich das Leben genommen, und zwar wie der Neuen Berliner Mittagszeitung aus Wien geschrieben wird, weil ihm der Nachweis mihlungen sei, daß er die Verurteilung von Höll nicht aus Selbstinteresse übernahm habe. Für seine Bemühungen, daß Höll nicht an Deutschland ausgeliefert werde, habe Dr. Abels von Höll 37 000 Mk. gefordert. Als diese Meldungen erschienen, forderte Dr. Abels sofort ein Dementi und erbot sich, einem Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei Gegenbeweise zu stellen. Mit diesen schloß er aber schwach bestellt gewesen zu sein, denn Höll selbst hat den Dr. Abels aus seiner Zelle geschrieben und um einen andern Verteidiger gebeten. Dr. Abels verließ die Strafjustiz in großer Aufregung und erhängte sich in seiner Wohnung.

## Ist die tschechische Regierung unterrichtet?

Durch das Woffische Bureau läßt eine „auktändige Stelle“ in Dresden folgende Mitteilung über die Auflösung des Aufständischen Treibers los:

Das Freikorps Kulo ist planmäßig seit dem 15. d. M. aufgelöst worden. Es befinden sich zur Zeit nur noch Teile des ehemaligen Freikorps als Bepflichten in und bei Leitahin, die aber ebenfalls nach und nach abtransportiert werden. Widerstand gegen die Auflösung ist nicht geleistet worden. Nichts ist nur, daß sich etwa 11 Unteroffiziere und Mannschaften im Zusammenhang mit dem Rapp-Bußich seit März dieses Jahres in Unterjuchungshaft befinden.

Erst in den letzten Tagen ist eine Mitteilung über das Korps durch die Presse gegangen, daß es noch 700 Mann stark sei und tschechische Militärleistungen abhalte. Eine andere Meldung besagt, es sei eine größere Zahl Leute (über 100) zu einer „Arbeitsgemeinschaft“ aufgenommen worden. Diese „Arbeitsgemeinschaft“ muß den Verdacht erwecken, daß mit ihr die völlige Auflösung des Korps vertrieben werden soll.

Welche von den beiden Meldungen nun richtig ist, die der „auktändigen Stelle“ oder die von Augenzeugen herrührende, könnte nur eine Prüfung an Ort und Stelle ergeben.

## Durchföhren beim Reichskommissariat für Aus- und Einfuhrbewilligungen.

Das Woffische Bureau bringt heute folgende Meldungen:

Berlin, 20. Juli. Die Kriminalbehörden sind umfangreichen Durchföhren auf die Spur gekommen, die Beamte des Reichskommissariats für Aus- und Einfuhrbewilligungen in Köln sich haben zuzuschauen kommen lassen. Es handelt sich um Schiebung, bei denen anscheinend Millionenwerte in Frage kommen. Mehrere Verhaftungen sind in Berlin und Köln vorgenommen worden.

Köln, 20. Juli. Die Kölner Kriminalpolizei verhaftete in letzter Zeit eine Reihe Personen, weil sie versuchten, gefälschte Ein- und Ausfuhrscheine zu hohen Preisen zu verkaufen. Einer der Betrüger wurde in dem Augenblick festgenommen, als er gegen eine Vergütung von 250 000 Mk. einen gefälschten Einfuhrschein verkaufen wollte, auf den ein Objekt von 35 Millionen Mark eingekauft werden konnte.

Schon vor Wochen wurde uns ein Fall mitgeteilt, wonach eine Einfuhrgesellschaft imstande war, den Großstädten Berlin, Leipzig, Düsseldorf u. a. große Quanten Lebensmittel zu günstigeren als dem Höchstpreise angebotenen Bedingungen zu liefern. Obwohl einzelne Städte gerade damals in höchster Not waren, wollte es nicht gelingen, die Einfuhrerlaubnis zu erhalten. Nach langen fruchtlosen Versuchen beim Reichskommissariat stellte sich dann heraus, daß die Schwierigkeit nicht etwa in der oft vorgekehrten Baluta ihren Grund hatte, sondern weil die betreffende Firma nicht gleich bereit war, einige Millionen springen zu lassen. Nun wurde das Ministerium unterrichtet, und jetzt scheint endlich eingeschritten worden zu sein. Wir hielten damals die Nachricht zurück, um die Feststellungen der Regierung nicht zu erschweren, jetzt aber, nachdem die Bombe endlich geplatzt ist, liegt keine Ursache zur Zurückhaltung mehr vor. Offenlich wird gründlich durchgegriffen, gleichgültig ob auch einige „angesehene“ Firmen, dabei unter den Schlitzen kommen.

## Generallirei in Rom?

Berlin, 21. Juli. (Eigene Drahtmeldung der D. N.) Die Woffische Zeitung meldet aus Rom: Die Aufnahme des Straßenbahnverkehrs in Rom führte zu schweren Zwischenfällen. Die Schaffner hatten die Wagen mit roten Fahnen geschmückt. Die Bevölkerung versuchte diese herabzureißen, so daß der Straßenbahnverkehr erneut eingestellt werden mußte. Die Arbeiterkammer berät augenblicklich über die Auslösung des Generallireis.

## Deutschland.

### Sitzung des Reichskabinetts.

Berlin, 21. Juli. (T. U.) Am Dienstagmittag hielt das Reichskabinet eine Sitzung ab. In derselben wurde ein vom Reichsminister Koch ausgearbeiteter und vorgelegter Entwurf zur Durchführung und Herabsetzung der Reichswehr angenommen. Der Entwurf wird schon in den nächsten Tagen dem Reichstage zugehen.

Kommunisten werden entdeckt. In Berlin ist der Kommunist Leo Werner, der in der Münchener Rätezeit Bürgermeister von München war, auf einem Holplatz in Stralau, wo er arbeitete, verhaftet worden. Kommunisten werden von deutschen Behörden entdeckt und verhaftet. Rappverbrecher und ähnliche Leute haben es besser.

Die Zwangswirtschaft hat die heftigste Regierung mit Ausnahme der für Getreide und Milch aufgehoben.

Widererpress in Bayern. Amlich geben die Fortkriter von Garinisch und Partentrachen bekannt, daß von Widererpress 800 Hirsche, 2500 Stück Jungvieh und Rinder, 3200 Gänse und 500 Rehe erbeutet wurden. Das ergibt weit über 4000 Stück Wildbret, das fast ausschließlich an Hotels und Gastwirte, die die höchsten Wucherpreise zahlen, geliefert wurde. Sicherheitspolizei ist gegen die Widererpress ausgedehnt worden.

## Kleine Auslandsnachrichten.

### Erste Lage in Syrien.

London, 19. Juli. (T. U.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist die Lage in Syrien äußerst ernst. Frankreich hat dem König von Syrien Emir Feisal, der während des Krieges Englands Verbündeter war, ein Ultimatum gestellt und angekündigt, daß es die Eisenbahnen übernehmen wolle. Feisal hat das Ultimatum vollkommen unbeachtet gelassen und bei Damaskus 4 Divisionen zusammengezogen. 80 000 Franzosen unter General Gourand befinden sich auf dem Marsche nach Damaskus und es ist die Eröffnung der Feindseligkeiten zu erwarten. Wahrscheinlich wird sich Feisal mit Kemal Pascha verbinden.

Neuwahlen in Oesterreich am 17. Oktober. Die Wiener Nationalversammlung hat den Gesetzentwurf über die Wahlordnung in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso den Gesetzentwurf, durch den die Neuwahlen zur Nationalversammlung für den 17. Oktober festgesetzt werden. Ein Antrag der Großdeutschen auf Einbeziehung der Wahlpflicht wurde abgelehnt.

Die französische Kammer hat am Dienstag dem Ministerium mit 420 gegen 152 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Offenbar im Anschluß an eine Spa-Debatte.

Der Kampf in Irland. Ein amtlicher militärischer Bericht meldet über Kämpfe, die Montagabend in Cork stattfanden: Unbewaffnete Soldaten wurden, als sie sich auf der Straße zeigten, mißhandelt und beschossen. Patrouillen, die in die City gelandt wurden, erhielten Feuer aus den Häusern und von der Straße. Die Truppen erwiderten das Feuer, wobei insgesamt 148 Schüsse abgegeben wurden. Bei den Zusammenstößen wurde ein Soldat verwundet, ein Zivilist getötet und einer verwundet. Die Ruhe war um 11½ Uhr abends wiederhergestellt.

Kämpfe in Italien. Corriere della Sera meldet aus Siena, daß es in San Giovanni d'Assisa zu einem Konflikt zwischen Arbeitern, Bauern und der Polizei gekommen ist. Vier Demonstranten fanden dabei den Tod. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter sechs Carabinieri. Dasselbe Blatt meldet weiter aus Fabriano in der Provinz Ancona, daß dort die Bauern in den Streik getreten sind. — Der Zustand des Personals der Nebenbahnen in Rom ist besorgniserregend. Auch das Personal der Straßenbahnen, das in einen Sympathiestreik eingetreten war, wird die Arbeit wieder aufnehmen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Georg Raft in Leipzig.

Verantwortlich für den Ankerenteil: Friedrich Willr. Vorwort-Verlag.

Druck und Verlag: Leipziger Ankerdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.



## Nützliche Bekanntmachungen.

Wir haben in Leipzig-Madon, Moskauer Straße 119 (Katzfeller), eine Mütterberatungsstelle errichtet.  
Sprechstunde: Freitags, nachmittags 4-6 Uhr.  
Der Rat der Stadt Leipzig.  
Jugendamt.

### Aufhebung der Belieferung der Vollmilch- karten für Kinder von 4-6 Jahren.

Die heilkräftigen Vollmilchkarten für Kinder von 4-6 Jahren dürfen vom 22. Juli 1920 ab bis auf weiteres nicht mehr beliefert werden.  
Die Bekanntmachung vom 10. Juli 1920 wird aufgehoben.  
Leipzig, am 21. Juli 1920. Ern.-H. II.  
Der Rat der Stadt Leipzig.

## Preisausgangspflicht und Preisauszeich- nungspflicht.

Nachdem die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 20. Februar 1917 über die Preis-  
ausgangs- und Preisauszeichnungspflicht, soweit  
sie den Austausch der Preise in den Geschäften, in  
denen Fleischwaren, Butter, Schmalz, Speisefette,  
Eier, Quark, Käse, Milch, frisches oder getrocknetes  
Gemüse und Obst, Konjerven aller Art, Süß-  
früchte, Kartoffeln, Zucker oder Sirupe und Fisch-  
waren aller Art (auch Fischwürst) im Kleinhandel  
verkauft werden, aufgehoben worden ist, wird  
hiermit auch die Preisbekanntmachung vom  
1. März 1917, soweit sie auf den Preisausgangs-  
Bezug hat, für aufgehoben erklärt.  
Dagegen bleiben die Vorschriften, daß bei  
allen Gegenständen des notwendigen Lebensbe-  
darfs, die in den Schaufenstern, in den Läden,  
Marktwirtschaften, auf den Wagen oder Stän-  
den der Straßenhändler oder in ähnlicher Weise  
ausgelegt sind, der Verkaufspreis auf kleinen, an  
der Ware selbst oder an den Behältnissen, in denen

sich die Waren befinden, anzufertigen oder sonst  
zu befestigenden Tafeln anzugeben ist, bestehen.  
Die Schrift auf den Tafeln muß mindestens 5 cm  
hoch und deutlich lesbar sein.

Bei allen Gegenständen des notwendigen  
Lebensbedarfs darf die Abgabe der im Klein-  
handel üblichen Mengen an Verbraucher zu dem  
angelegentlichsten Preise gegen Bezahlung nicht ver-  
weigert werden.

Zu widerhandlungen gegen die obigen Be-  
stimmungen werden nach der Ministerial-Ver-  
ordnung vom 20. Februar 1917 geahndet.  
Leipzig, am 20. Juli 1920. Ern.-H. I. A.  
Der Rat der Stadt Leipzig.  
Gewerbeamt.

**Umwandlungsstelle, Verpflegungsstelle II/3  
Leipzig-Connewitz, Zwentauer Straße, verkauft  
530 Bettstellen**  
aus Eisen mit Drahtmatrasen gegen Abgabe  
von Höchstgebieten in Losen von 10 zu 10 Stück.

Bekanntmachung: Freitag, den 23. Juli, von 8 Uhr  
vormittags bis 3 Uhr nachmittags, Sonnabend,  
den 24. Juli, von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr  
mittags, Angebote sind bis 30. Juli mittags  
bei der Umpflichtungsstelle priorisiert abzugeben. Ab-  
gabe der Bestellungen erfolgt nur gegen sofortige  
Barzahlung.

## 100 Mark Belohnung!

Verdunnen, wahrscheinlich geflohen worden  
ist am 13. Juli d. Js., abends in der Rechten  
Stunde, in der Gerberstraße  
1 deutscher, wolfsgrauer Schäferhund, mit  
einem etwa zweifünftelgroßen Fleck,  
wo die Haare über dem linken Auge fehlen.  
Auf Wiedererlangung des Hundes werden vom  
Geschädigten 100 Mark Belohnung ausgesetzt.  
Sachdienliche Mitteilungen werden höchstens  
an die Kriminalabteilung zu Kr.-B.-M. III, 2267  
erbeten.  
Leipzig, den 20. Juli 1920.  
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

## U. S. P. D. Gross-Leipzig.

**Mit-Leipzig, Bezirk Westen II.** Freitag, den  
abends 7/8 Uhr, findet im Restaurant Rosental, Wald-  
straße 62, eine **Mitgliederversammlung** statt.  
Die Wichtigkeit der Verammlung macht es allen  
Genossinnen und Genossen zur Pflicht, in der Ver-  
sammlung zu erscheinen. Die Vertrauensleute.

**Lößnig.** Freitag, den 23. Juli 1920, abends 7/8 Uhr,  
Vorsamml. im Stern. Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen Fr. Sogor: Die politische  
Lage und die Verhandlungen in Spa. 2. Diskussion,  
3. Parteielangelegenheiten.  
Obiges Thema erfordert einen zahlreichen Besuch  
dieser Versammlung. Der Vorstand.

**L.-Mk.** Donnerstag, den 22. Juli 1920, abends 8 Uhr,  
**Frauen-Diskussionsabend** in der Silber-  
pappel. Tagesordnung: 1. Das finanzielle und wirt-  
schaftliche Gend. Referent: Genosse Krug. 2. Freie  
Ausprache.  
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

## K. P. D.

**Mitglieder-Versammlungen:**

**Großschocher.** Donnerstag, den 22. Juli, abds.  
7/8 Uhr, im Trompeter.

**Bezirk Norden.** Donnerstag, den 22. Juli, abends  
7/8 Uhr, im Restaurant Gaisberg.  
Tagesordnung: Moskauer-Spa. Verschiedenes. Mitteilungs-  
karte ist vorzulegen!

**Zentrum.** Donnerstag, den 22. Juli, abends 7/8 Uhr,  
im Restaurant Junge, Mittelstraße. Un-  
bedingtes Erscheinen ist Pflicht.

**Süden.** Freitag, den 23. Juli, abends 7/8 Uhr, im  
Hainischen Hof, Schenkendorffstraße. Wichtige  
Tagesordnung. K.-P.-D.-Wähler als Gäste will-  
kommen.  
Kommunistische Partei Deutschlands  
(Spartakusbund). Ortsgruppe Leipzig.

## Liebertwolkwitz.

Donnerstag, den 22. Juli, abends 7/8 Uhr

### Oeffentliche Versammlung

im Gasthof Drel Linden.

Thema: **Moskau oder Spa?**

Zahlreichen Besuch erwartet der Einberufer.  
Kommunistische Partei (Spartakusbund).

## Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verband.

Verwaltungsstelle Leipzig.

### Sektion der Tapezierer.

Donnerstag, 22. Juli 1920, nachm. 7/5 Uhr

im Volkshaus, Gartenaal

## Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen  
im Schlichtungs-Ausschuß.

2. Stellungnahme dazu.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird voll-  
ständiges und pünktliches Erscheinen aller Kolleginnen  
und Kollegen erwartet. Die Ortsverwaltung.

## Verband der Steinsetzer u. Berufsgenossen Deutschl.

Filiale Leipzig.

Freitag, den 23. Juli 1920, abends 6 Uhr

## Versammlung

im Volkshaus, Zimmer 9.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen P. Göhre  
über den Reichstakt und Bericht über die Verhandlung.  
2. Bericht über die Verhandlung vor dem Gewerbeamt.  
3. Die Eingabe des Koll. Schmidt. 4. Gewerkschaftliches.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes und Kollegen,  
in der Versammlung zu erscheinen. Es ladet ein  
Der Vorstand.

## Erwerbslose!

Freitag, den 23. Juli, abds. 7 Uhr, hält im großen Saale  
des **Augusto-Schmidt-Hauses** (Dresdner Straße 7)  
Derr Freitag einen

## Lichtbilder-Vortrag

über

### Ein Spaziergang nach Madrid.

Dienstag, den 27. Juli, nachmittags 3 Uhr, hielt „Papa  
Kleinert“ das Puppenstück „Der graue Wolf“ im  
gleichen Saale.

Zu beiden Veranstaltungen haben die Erwerbslosen sowie  
ihre Frauen, am Dienstag auch ihre Kinder  
gegen Vorzeigung der Stempelfarte freien Zutritt.

## Beste Bezugsquelle für Schuhmacher

**Heinrich Berthold**

Lederhandlg., Leipzig, Nikolaistr. 20-26

Leder-Ausschnitt

## Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig

Bureau: Gerberstraße 1, II. (Hotel Victoria), Zimmer 21, Telephon 3426.

Geöffnet von 9-12 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr.  
Arbeitsnachweis: Mühlengasse 26, S. II., Tel. 917, geöffnet 8-4, Sonnabends 8-3 Uhr.

## Achtung! Achtung!

### Handelsarbeiter aller Branchen

Freitag, den 23. Juli 1920, abends 7 Uhr:

## Große Versammlung

im Volkshaus, Gesellschaftsaal.

Tagesordnung: 1. Bericht über die mit den Unternehmern geführten Tarif-  
verhandlungen. 2. Ausprache und Beschlußfassung.

Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht!

## Aufseher der Mustermessen

und solche, die es werden wollen, Plakatträger und sonst. Interessenten

Montag, den 26. Juli 1920, abends 7 Uhr:

## Versammlung

im Volkshaus, Nebensaal rechts.

Tagesordnung: 1. Aufstellung von Richtlinien zur Regelung der Lohn- und  
Arbeitsverhältnisse während der Mustermessen.  
2. Wahl einer Kommission. — Ausprache.

Die Wichtigkeit der angeschnittenen Fragen erfordert das Erscheinen aller  
Interessenten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Fachgruppe Handelsarbeiter.

## Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Leipzig.

Bureau: Gerberstr. 1 (Hotel Victoria), I. Stod.,  
Zimmer 3-6, Tel. 14700.

Bureau: Lindenau, Horn,  
0-1, nachm. 5-7 Uhr,  
Sonnab. nur 9-11 Uhr.

Freitag, den 23. Juli, abends 7 Uhr

## Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, großer Saal.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstage  
2. Kassenbericht vom zweiten Quartal.  
3. Verschiedenes.

## Achtung, Bezirks-Versammlungen:

Sonnabend, den 24. Juli

Rötha abends 7 Uhr in Stadt Leipzig

Enzra „ 7 „ im Reichsadler.

Sonntag, den 25. Juli

Brandis . . . . . vorm. 10 Uhr im Parkschlößchen

Taucha . . . . . „ 10 „ „ Deutschen Haus

Liebertwolkwitz „ 9 „ „ Schwarzen Hof

Zwenkau . . . . . „ 9 „ „ Stenglers Restaurant.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

## Bericht vom Verbandstag.

Mittwoch, den 28. Juli, Kinder-Ferienausflug.

Näheres wird noch bekanntgegeben. Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband

Filiale Leipzig, Braustrasse 17, III., Telephon 19367

Freitag, den 23. Juli, nachm. 4 Uhr, im Volkshaus, Gesellschaftsaal

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Das Ergebnis unserer Lohnbewegung.

2. Ausgabe der Tarifnachträge vom 1. Mai und 28. Juni.

Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

## Donnerstag, den 22. Juli, findet von 4-7 Uhr die Wahl eines Mitgliedes zum Beirat

statt. Da diese Wahl von großer Wichtigkeit für unsere Mitglieder ist, muß  
versucht werden, einen fachkundigen Leipziger Kollegen in den Beirat zu ent-  
senden. Wir ersuchen daher unsere Mitglieder, sich zahlreich an dieser Wahl zu  
beteiligen. **Mitteilungs- oder Karte ist mitzubringen.**

Die Wahl findet in folgenden Lokalen statt:

Volkshaus, Selter Straße, Apfelbaum, Burgstraße, Donath, Promenaden-  
straße, Gutenberg, Johannsstraße, Erholung, Rathausstraße, Silberpappel,  
Kirschstraße, Papirmühle, Störchen, Votranenhalle, Connewitz, Zwei  
Linden, Lindenau, Nickau-Ausschank und Kleiderwerk, Gohlis.  
Die Ortsverwaltung.

## Mottenfrass

Retten Sie Ihre Garnitur, Teppiche, Pelz, Wolldecken etc. Nicht die illegende Motte ist der Schädling, sondern die **Mottenmade**. Diese beseitigt reslos **Nicodol III**. Preis p. Dose M. 5.—

Vorkauf: Drogerie A. Zander, Klosterstraße 11. Drogerie E. Zschlesche, Dufourstraße 13.

## Haut-, Geschlechts-

u. Darmleib, vora. nero. Schwäche behand. Dr. med. Dori, nicht approbiert. Mittl. naturw. Gesellsch. Leipzig, Kumpffstr. 2. Sprechst. von 8-2 u. 4-8 Uhr.

## Die zwei letzten Tage

### Probe-Waschen

mit dem Schnellwaschapparat

## Die eiserne Waschfrau

Ausnahmepreis 27 Mk.

Donnerstag, den 22., und Freitag, 23. Juli  
nachmittags 7/4 Uhr und abends 6 Uhr

im Deutschen Haus in Lindenau

Drel Mohren, Anger, Breite Str.

Eintritt frei.

Schmutzige Wäsche bitte mitbringen!  
Der Apparat ist im Saal zu haben. =

## Zigaretten

Belmar Riesonformat . . . . . 390.00

Bouby . . . . . 310.00

Die achte Bull Dog . . . . . 310.00

The London Style in Stannol . . . . . 420.00

liefert prompt M. Glaser, Leipzig 3,  
Katharinenstraße 17.

## Wo gehen wir hin?

In die Milchmilch, Reudnitz  
Str. 6, Foscho Bedienung!

## Offene Beine

Unterschenkelgeschwüre  
Krampfadernschäden etc.  
behand. nach bewährter Methode  
Apotheker Hauptmann,  
L.-Gohlis, Markbachstr. 2  
Eisenbahnstr. 6, Sprechst. 10-1,  
3-5, Sonnab. nur vormittags.

## Tanz-Unterricht

Anfängerkurs  
am 29. Juli u. 3. August im  
Eborado, Pfaffenwörder Str. 4

Anmeldungen biselbst jeden  
Dienstag u. Donnerstag 7 bis  
9 Uhr u. in unserer Wohnung

**Singelunterricht**  
für ältere Damen u. Herren.  
Anfänger u. Fortgeschrittene  
wird erteilt, auch während  
der Tanzstunden.  
Tanzstunde Siefert  
Störchen, Elbstädtstr. 7 \*

## Familien-Nachrichten

Anlässlich unserer Vermählung sagen wir allen  
Verwandten und Bekannten für die darge-  
brachten Geschenke und Glückwünsche den  
horzlichsten Dank!

Emil Rudiger u. Frau Hedwig geb. Pilz.

An den Folgen eines Herzschlages verschied am  
Sonntag im 33. Lebensjahre unsere liebe Mitarbeiterin

## Frau Anna Ebert geb. Berger.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr  
Die Kollegen und Mitarbeiter  
der Firma Bernh. Meyer (Feierabend).

Am Dienstag, vormittags 7/11 Uhr, verschied  
unser einziger herzenguter Bubli

## Alfred.

In tiefster Trauer  
Otto Rosenberger u. Frau Marie geb. Brummo,  
L.-Lindenau, Leutscher Straße 12, I.

Die Beerdigung findet Freitag, den 23. Juli,  
vorm. 10<sup>1/2</sup> Uhr, von der Friedhofstafel aus statt.

In der Nacht zum Sonntag verschied nach langem  
schwerem Leiden

## Herr Max Lecker.

Sein aufrichtiger Charakter und sein uner-  
müdlicher Eifer sichern ihm ein treues Andenken.  
Leipzig-Lindenau, den 20. Juli 1920

Richard Schönfelder,  
Konerven- und Sauerkohl-Fabrik.

Montag, 19. Juli, abends 7/8 Uhr, verschied nach langem  
schwerem, mit größter Geduld ertragenem Leiden, im  
Alter von 43 Jahren, meine treue Lebensgefährtin, unsere  
gute Mutter, Schwester, Schwägerin, Schwägerntochter und  
Tante,  
Frau

## Martha Schoppe geb. Gehrman.

Dies geht tiefbetriibt an  
De 13. 20. 7. Otto Schoppe u. Kinder, Martha, Karl, Frieda.  
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachm. 7/4 Uhr,  
statt. — Blumenbesuchen dankend abgelehnt.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer teuren Ent-  
schlafenen können wir es nicht unterlassen, allen  
lieben Verwandten und Bekannten für die wohl-  
tunenden Beweise der Liebe unsern herzlichsten  
Dank auszusprechen. Ferner vielen Dank für den  
reichen Blumenbesuch.

Dir aber, liebe Elfe, rufen wir ein Habe Dank  
und Ruhe sankt in dein allzu frühes Grab nach.  
S o n a u , den 19. Juli 1920

Der tieftrauernde Gatte  
Kurt Steiner nebst Kind  
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Döllig-Döfen. Alle Genossen, die sich zum Ortsklub gemeldet haben und noch melden wollen, treffen sich Donnerstag, abends Punkt 8 Uhr, im Park Döllig.

„Der Nord der Straßenbahn.“

Dr. Tejerlas von Tilly, Geschäftsführer beim Arbeitgeberverband der deutschen Straßen-, Klein- und Privatbahnen, hat unter obigem Titel einen Artikel geschrieben, der in der Presse abgedruckt wird. Der Geschäftsführer des Unternehmerverbandes schreibt die Schuld an den Finanzschwierigkeiten der Straßenbahn in der Hauptsache auf die hohen Löhne der Arbeiter, wobei er sich in besonderer Dagegen wendet, daß das Personal der Straßenbahn sogar wie die höher bezahlten Straßentaxi-entlohnung sein will. Ueber eine solche Auffassung braucht man sich bei einem Geschäftsführer eines Unternehmerverbandes nicht zu wundern. Es wundert sich daher kaum, daß auf den Artikel eingegangen. Der Artikel interessiert uns aber insofern, als er zeigt, daß die finanziellen Schwierigkeiten der Straßenbahn in vielen Städten die gleichen sind. Deshalb drucken wir einen Auszug des Artikels ab, denn es gibt bekanntlich auch in Leipzig Leute, die die finanziellen Schwierigkeiten der hiesigen Straßenbahn auf die Verdickung des Betriebes zurückführen. Herr v. Tilly schreibt:

Die derzeitige wirtschaftliche Lage der Straßenbahnen ist vernichtend. Sie wird durch drei Tatsachen gekennzeichnet: Dauerndes Ansteigen aller Löhne und Materialpreise (Stromkosten), Vernachlässigen der Unterhaltung des technischen Apparats infolge Rohstoffmangels und Arbeitsunlust, Verschlechterung der Beschaffenheit der meisten Erzeugnisse infolge minderwertiger Rohstoffe und minderwertiger Arbeitsleistung.

Die ständig wachsenden Ausgaben führten naturgemäß zu immer höheren Tarifen, deren zulässige Grenze zum Teil bereits überschritten ist.

Kein Wunder, daß mit dem ungeheuren Steigen der Fahrpreise wie mit der zunehmenden Teuerung überhaupt eine allgemeine Abwanderung der Fahrgäste auf billigere Verkehrsmittel einsetzte. Wer nicht unbedingt fahren mußte, gewöhnte sich schließlich an den Fuhrmarkt — eine Abwanderung, die in Stuttgart 30 Prozent betrug, in einigen Städten Deutschlands sogar noch mehr!

Der „Erfolg“ der Tarifserhöhungen war also immer negativ oder nur vorübergehend. Schien er dauernd, so reizte er den Appetit der Arbeitnehmer, die eine „solche Bereicherung“ ihrer Betriebe absolut nicht vertrauen und wie Kammbalgen dem sterbenden Körper oft im ähnen Streik noch „rückwirkende“ Lohn-erhöhungen herausprekten.

Die zwingende Notwendigkeit für eine Verwaltung, eine feste Mehreinnahme und dadurch eine stabilere Finanzbasis zu erhalten, veranlaßte so immer im Rebell.

Die Verwaltungen sind heute in der verzweifeltsten Lage, daß sie alle Mittel, die sie noch irgendwo absparen und wässigmachen können, sofort zusehen und dann — Schulden machen müssen. Reserven sind längst ein Begriff der Vergangenheit! Die Große Berliner Straßenbahn hatte 1919 einen Verlust von 18 Millionen Mark. Sie arbeitet in diesem Jahre bereits wieder mit circa 10 Millionen Defizit. Leipzig hat ein Defizit von 12 Millionen Mark um. Die mittleren und kleinen Bahnen (Luxusbahnen), die sich derartige Lasten nicht leisten können, versuchten durch „Streiken der Arbeit“ und ähnliche Mittel ihre Betriebe über Wasser zu halten. Sie mußten aber bald einsehen, daß diese Durchschleppen der Arbeitnehmer im Vordergrund des Interesses volkswirtschaftlich unverantwortlich war, den drohenden Konkurs ihrer Betriebe vielleicht hinauszuziehen, niemals aber aufhalten konnte.

Tatsächlich hat daher auch gerade in den letzten Monaten eine erschreckend große Anzahl von Straßenbahnverwaltungen ihre Betriebe eingestrichelt (Hamburg, Jüdau, Barmen, Essen u. a.) oder ganz eingestellt (Sena, Lahr, Heilbronn, Erfurt, Würzburg u. a.). In Weisfeld, Darmstadt und an vielen andern Orten Deutschlands ist eine vollständige Betriebs einstellen, „beabsichtigt“. Immer mehr Verwaltungen sind eben zur Überzeugung gelangt, daß es gänzlich ausgeschlossen ist, die Fahrpreise weiter zu erhöhen, daß es aussichtslos ist, neue dauernde Einnahmen zu erschließen. Die nie aufhörenden Forderungen der Arbeitnehmer und die Betriebskosten — nicht zu vergessen die Erneuerung des Materials — treiben derzeit ins Uferlose, daß den Verwaltungen ein kurzes Ende mit Schreden oft glücklicher erscheint als ein Davieren und Laufen in ein absolut ungewisses Chaos hinein.

Grundsätzlich ist doch daran festzuhalten, daß eine Straßenbahn — gleichgültig ob rein städtisch oder gemischt wirtschaftlich — keine neue Steuerlast für die betreffende Stadt sein darf. Sie ist meist ein Privatbetrieb (V. G. und G. m. b. H.), stets als solcher zu bewerten und muß sich daher selbst erhalten. Stehen der Verwaltung keine Mittel mehr zur Verfügung, so muß sie als unabhängiger Kaufmann den Betrieb einschränken oder einstellen (Massenentlassungen). Hat sie aber noch Mittel, so muß sie diese mit größtmöglicher Umsicht und Sparsamkeit verwenden. Je nach ihrer Höhe müssen sich die Löhne der Arbeitnehmer richten. Diese sind mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmers untrennbar verbunden. Selbstverständlich sollen die Löhne der jeweiligen Teuerung Rechnung tragen. Nie dürfen sie aber höher sein als die der Betrieb verträglich.

Soweit Herr v. Tilly. Es ist echte Unternehmerweisheit, daß die Löhne nie höher sein dürfen, als der Betrieb verträglich. Mit solchen platten Redensarten werden bekanntlich alle Lohnforderungen der Arbeiter vom Unternehmer bekämpft. Es muß aber heißen: Der Betrieb ist so zu gestalten, daß den Arbeitern Löhne gezahlt werden können, die der Teuerung entsprechen. Wenn die Betriebsleistungen solche Löhne nicht vertragen, dann hat der Betrieb keine Existenzberechtigung. Es kann einer Gruppe von Arbeitern nicht zugemutet werden, gegen zu niedrige Löhne zu arbeiten, damit ein solcher Betrieb aufrechterhalten werden kann. Auf das Beispiel der Straßenbahnen übertragen heißt das: Die Fahrgäste können keine billigen Straßentaxi-Tarife auf Kosten des Straßentaxi-Personals verlangen. Selbstverständlich ist, daß die Straßenbahn nicht ein Zuschußkonto für die Steuerzahler werden darf, denn es kann nicht verlangt werden, daß für jede Straßentaxifahrt noch ein Zuschuß aus dem allgemeinen Steuersäckel geleistet wird.

Quäkerspaltung und Körpergewicht.

Professor Dr. Eugen Schiefinger schreibt in der Frankfurter Zeitung (Nr. 518 vom 14. Juli 1920) u. a.: „Ich habe aus mehreren Volks- und Mittelschulen Frankfurt die Gewichtsmessungen der Kinder von Mitte Mai, bei Beginn der Speisung, bis Ende Juni gegenübergestellt; einerseits von Kindern, welche an dieser Speisung teilgenommen hatten, andererseits von solchen, welche nicht gespeist worden waren; beide Gruppen waren gleichmäßig in der Entwicklung zurückgeblieben und mehr oder weniger stark unterernährt. Bei der großen Mehrzahl der Volksschüler war ein Unterschied im Verhalten des Körpergewichts zugunsten der Gespeisten kaum zu erkennen; im Durchschnitt handelt es sich immer, hier wie dort, um die untere oder obere Grenze eines „unveränderlichen“ Gewichts, um Schwankungen von 100 oder 200 Gramm. Anders aber bei den Schülern der Mittels- und höheren Schulen; während hier die nicht gespeisten im Durchschnitt nur 100 Gramm in der Beobachtungszeit zugenommen hatten, betrug diese Zunahme bei den gespeisten durchschnittlich 400 Gramm, im einzel-

nen noch wesentlich mehr bei den älteren Knaben und Mädchen des Mittelstandes, wesentlich weniger auch hier bei den jüngeren Kindern. — Die Erklärung für diese Verschiedenheit des Verhaltens ist in der Hauptsache in folgender, durch Umfrage festgestellter Tatsache zu sehen: bei den Kindern des Mittelstandes und der Bemittelten kommt die Quäkerspaltung als Zulage zu der bisherigen Kost, als die sie tatsächlich gebacht ist, nicht als Ersatz für eine häusliche Mahlzeit, am ehesten und vollsten zur Geltung; namentlich die älteren Kinder essen nach dem Mittagessen in der Schule auch noch zu Hause mit und erhalten da das für sie notwendige frische Gemüse mit Kartoffeln, die es bei den Quäkern mit Abicht nicht gibt. Bei den jüngeren Kindern scheidet die Einnahme eines zweiten Mittagessens an dem geringeren Fassungsvermögen des Magens. Bei den Kindern aus Arbeiterkreisen aber wird die Quäkerspaltung in der Regel als Ersatz für das Mittagessen in der Familie aufgefaßt, sei es in Unkenntnis der Sachlage oder aus materiellen Gründen. Es dürfte sich deshalb empfehlen, die Speisung zu einer andern Stunde als gerade zur Mittagszeit stattfinden zu lassen, etwa in der Frühstückspause oder vielleicht noch besser, wie bei den überdes an Luft- und Sonnenbädern teilnehmenden Schülern, am Spätnachmittag.

Die Erwerbslosenfürsorge der Stadt Leipzig im Monat Juni 1920.

Vom Arbeitsamt II wurden im Monat Juni 1920 an 10165 (Mai 10125) Erwerbslose insgesamt 3284205,60 Mk. (3303827,04 Mk.) Erwerbslosenunterstützung gezahlt. Unter den empfangsberechtigten Erwerbslosen befanden sich 1293 (1183) männliche, 282 (218) weibliche Personen im Alter von 18 bis 21 Jahren, 3578 (3613) männliche, 1003 (806) weibliche ledige Personen über 21 Jahre, 1633 (1811) verheiratete Personen über 21 Jahre ohne Kinder, 2377 (2479) verheiratete Personen über 21 Jahre mit insgesamt 3065 (3053) männlichen und 2833 (2774) weiblichen Kindern und sonstigen Angehörigen. Von den Genannten gehören 43 (43) männliche, 2 (2) weibliche Personen der Landwirtschaft, 6158 (6006) männliche, 502 (419) weibliche Personen der Industrie und 2680 (2920) männliche, 720 (505) weibliche Personen den ungelerten Berufen an. In 138 (108) hier in Leipzig wohnhafte Ausländer wurden 25108,25 Mk. (21418,05 Mk.) Erwerbslosenunterstützung gezahlt. Antrag auf laufende Erwerbslosenunterstützung stellten 4971 (2984) männliche, 1669 (611) weibliche, zusammen also 6640 (3595) Personen. Zufuhrunterstützung bei verkürzter Arbeitszeit wurde in 2294 (1429) Fällen von 1634 (1150) männlichen und 660 (279) weiblichen Personen beantragt. 10 (6) Erwerbslose, die in die Landwirtschaft übergegangen sind, wurden Reise- und Umzugskosten gewährt. In 13 (9) Fällen mußten infolge strafbarer Handlungen der Erwerbslosen (Betrug, Urkundenfälschung usw.) Anzeigen an die Staatsanwaltschaft erstattet werden. Aus verschiedenen Gründen mußte 728 (445) Personen die beantragte Unterstützung versagt werden. Vor dem Unterausschuß gelangten 121 (122) Fälle zur Entscheidung, während 27 (32) Fälle dem Fürsorgeausschuß zur weiteren Entscheidung vorgelegt werden mußten. In 48 (39) Fällen wurde die Entscheidung der Kreisshauptmannschaft angezweifelt. In 102 (683) laufenden Sachen wurde die hier vorausgesetzte Unterstützung von den zuständigen unterstützungspflichtigen answärtigen Gemeinden zurückgefordert und in 216 (97) Fällen zurückgezahlt, während bei 32 (18) Anträgen auswärtigen Gemeinden die Rückerstattung zugesichert wurde und in 35 (31) anderen Fällen eine Erstattung der vorausgesetzten Unterstützung an auswärtigen Gemeinden erfolgte.

Wenn ein Prinz...

Wenn ein Proletarier, ein verarmter Kleinbürger in den Tod geht, nimmt die bürgerliche Presse kaum davon Notiz. Das ist eine „alltägliche Erscheinung“, die die Kapitalistenblätter nicht interessiert oder der sie in einem Winkel des lokalen Teils höchstens einige Zeilen widmen. Jetzt hat aber in Berlin ein hohenzollerischer Prinz zum Revolver gegriffen, und fast alle bürgerlichen Zeitungen beschäftigen sich mit diesem Ereignis schon seit einigen Tagen recht ausführlich. Zu dieser Sorte von Blättern gehört auch das Leipziger Tageblatt. In seiner gestrigen Abendnummer bringt es nicht nur eine Schilderung über die Beisehung des Toten, sondern in einem längeren Artikel wird auch noch auf sein Leben eingegangen. Es wären — man denke sich — Existenzfragen gekommen und der Prinz hätte seine Zukunft in den härtesten Kämpfen gesehen! Da werden viele alte Lanten weinen. Man denke nur, ein Prinz wird von Nahrungsmitteln in den Tod getrieben. Wenn ein Prolet hundert aus dem Leben scheidet, so gehört das zur „alltäglichen Weltordnung“, so ist das „Gottes Fügung“. Aber wenn ein Prinz... Dabei gehört der junge Mann einer Familie an, die ein ungeheures Privatvermögen besitzt, auf das sie auf Grund der Verfassung vollen Anrecht zu haben glaubt und von dem sie bereits einen Teil im Ausland angelegt hat.

Diese räuberische Mache zeigt so recht, wie sehr unsere bürgerliche Presse trotz mancher „republikanischen und demokratischen“ Gebärden für den Monarchismus schwarzet. Jubelhymnen würde sie anstimmen, wenn sie ihn in voller Glorie wiederbekommen könnte.

Bekämpfung des Darlehnschwindels.

Das Ministerium des Innern hat angesichts der zunehmenden Darlehnschwindelbelen an die Kreis- und Amtshauptmannschaften sowie an die Stadträte eine Anweisung ergehen lassen, in der es heißt: Die Maßnahmen im Darlehnsvermittlungsgewerbe nehmen immer mehr zu. Der Darlehnschwindel ist unter den ungünstigen Folgeerscheinungen des Krieges, insbesondere unter der zunehmenden Verarmung und der Erwerbslosigkeit unseres Volkes zu einer gemeinen Gefahr geworden.

Nach Ansicht des Leiters der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelstrafen, Dr. Lenz in Lübeck, kommt es weniger darauf an, neue gesetzliche Vorschriften zu schaffen, als die schon bestehenden nachdrücklich und geschickt zur Anwendung zu bringen. Das Ministerium des Innern teilt diese Ansicht und weist die Polizeibehörden an, unter geschickter Anwendung ihrer Machtmittel die Maßnahmen entgegenzutreten.

Die Polizeibehörden haben die Aufgabe, die ihnen erreichbare Presse auf das Vorkommen zweifelhafter Darlehnsangebote — fast alle diese Angebote sind zweifelhafter Natur — zu überwachen, die hinsichtlich der Intentionen erforderlichen genaueren Feststellungen zu treffen und je nach deren Ergebnissen weitere Maßnahmen zu ergreifen. Sie werden sich hierbei zweckmäßig mit der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelstrafen in Verbindung setzen. Die Zentralstelle besitzt ein großes Archiv, an Hand dessen sie zur Verovständigung der Feststellungen wesentlich beitragen und praktisch erprobte Hinweise geben kann.

Besonders erwünscht erscheint die vorbeugende Tätigkeit der Polizeibehörden. Dazu gehört die Einwirkung auf die Presse, möglichst keine Darlehnsangebote zu bringen, zumindest nur solche, deren durchaus einwandfreier Charakter feststeht. Chiffreanzeigen und solche, worin Einblendung von Briefmarken für Porto verlangt und vor dem Darlehnschwindel gewarnt wird, sind stets abzulehnen. Hin und wieder sind der Presse redaktionelle Notizen zu überweisen, worin auf die Gefahren des Darlehnschwindels eingegangen wird. Darlehnsucher, die sich an die Polizei wenden und nicht, wie es vielfach geschehen soll, schlechtin abzuweisen, sondern zugutfinden und, wenn die Polizeibehörde Bedenken trägt,

bies zu tun, an die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelstrafen zu verweisen.

Weiter haben die Verwaltungsbehörden gegebenenfalls nach der Möglichkeit weitgehenden Gebrauch zu machen, die Ausübung des Darlehnsvermittlungsgewerbes nach § 35 der Gewerbeordnung zu untersagen.

Die Unzuverlässigkeit der Vermittler ist nicht nur in Vorstrafen zu erblicken. Es sind das ganze Vorleben, die Vorbildung, die Kenntnisse und wirtschaftlichen Verhältnisse des Gewerbetreibenden zu berücksichtigen und vor allem das System, nach dem er arbeitet.

Elternratswahlen. Bei der U.S.P.-Zentrale der Elternräte sind bisher die Wahlergebnisse von 50 Leipziger Volksschulen gemeldet worden. Von einigen Schulen ist noch keine Nachricht eingegangen. Gewählt wurden 299 Mitglieder der U.S.P., 13 Mehrheitssozialisten, 151 Christliche oder „Unpolitische“. An 10 Schulen sind die letzteren in der Mehrheit, an 2 Schulen geben die Mehrheitssozialisten den Ausschlag, an allen anderen besitzt die U.S.P. die Mehrheit. Mit Ausnahme von 5 Schulen, die nach einfacher Stimmenmehrheit wählten, wurde überall die Verhältniswahl angewandt. — Soweit bis jetzt übersehen werden kann, ist das Zusammenarbeiten der verschiedenen Fraktionen sowohl als auch der Elternräte mit der Lehrerschaft ohne größere Differenzen vor sich gegangen. Erfreulicherweise war auch eine Anzahl Elternräte, die der U.S.P. nicht angehören, in den beiden Vorträgen über Begabtenprüfung und Berufsberatung anwesend und beteiligten sich an den Debatten.

Diese Veranstaltungen werden noch durch zwei weitere Vorträge ihre Ergänzung finden. Voraussichtlich wird am 8. August Genosse Dr. Popitz die Aufgaben des Arztes bei der Berufsberatung erörtern und am 10. August wird ein Vortrag die gewerkschaftliche und soziale Seite der Frage behandeln. Näheres über diese Vorträge wird noch rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Der Preisausgang im Kleinhandel ist, wie aus dem Gewerbeamt schreibt, nach der heutigen Rat-bekanntmachung aufgehoben worden. Dagegen sind die Kleinbändler nach wie vor verpflichtet, alle ausgelegten und zum Verkauf kommenden Waren mit Preistafeln, auf denen der Preis in mindestens 5 Zentimeter großer Schrift angegeben sein muß, zu versehen. Die Angabe der so ausgezeichneten Waren darf an Verbrauchern in den im Kleinhandel üblichen Mengen gegen Bezahlung nicht verweigert werden.

ha. Aberrmalige Ermäßigung von Telegrammgebühren. Die Gebühren für Telegramme nach dem Ausland werden am 1. August abermals ermäßigt, nachdem dies erst am 1. Juli der Fall gewesen ist. Die Frankenträge, die den Vorkriegsbeträgen für den Auslandsverkehr zugrunde liegen, werden nach dem Satz 1 Franc = 8,30 Mk. umgerechnet. Die Gebühr für ein Wort wird von 35 Pfg. auf 30 Pfg. ermäßigt nach Ungarn, von 65 auf 50 Pfg. nach Belgien und Dänemark, von 75 auf 60 Pfg. nach Frankreich, nach Norwegen, von 90 auf 70 Pfg. nach Italien, von 95 auf 75 Pfg. nach Jugoslawien, von 1,05 Mk. auf 80 Pfg. nach Rumänien. Nach den Vereinigten Staaten kostet ein Kabellegramm jetzt 6,85 Mk. bis 18,25 Mk., künftig nach den Orten in der Nähe des Landungsplatzes 5,45 Mk., steigend bis zu 14,35 Mk. Funkentelegramme kosten künftig 0,45 Mk. bis 12,05 Mk. Gleich bleibt die Gebühr nach der Schweiz mit 60 Pfg. und Litauen mit 60 Pfg., ebenso nach Deutschland mit Danzig, dem Memelgebiet und den an Polen abgetretenen Gebieten, Deutsch-Österreich, Luxemburg und der Tschechoslowakischen Republik mit 20 Pfg.

ha. Eine bedeutende Fahrpreisermäßigung ist jetzt für den ganzen Bereich der deutschen Reichseisenbahnen den hilfsbedürftigen Stadtkindern bewilligt worden, die zur vorübergehenden Unterbringung auf das Land oder nach dem Ausland befördert werden. Bei Benutzung der 3. Wagenklasse der Ets- oder Personenzüge wird der Fahrpreis auf den viersten Teil des regelrechten Fahrpreises 4. Klasse ermäßigt. Dies gilt auch für die Begleitpersonen, die zur Aufsicht beigegeben werden. Bei Kindern im Alter unter 10 Jahren werden 2 Kinder als ein Viertel des Fahrpreises 4. Klasse ohne weitere Ermäßigung zu zahlen. Die Abfertigung erfolgt auch für Kinder in geringer Zahl und bei der Rückreise einer Begleitperson sowie für die Hinreise von der Abgangsstation zur Abholung der Kinder mit Beförderungschein. Wird ausnahmsweise bei besonders schwächlichen oder erkrankten Kindern die Schnellzugbenutzung gewährt, so wird der Schnellzugzuschlag erhoben. Für die Reise nach Schweden und Norwegen wird auf der Fahrstraße Sagnitz Hofen bis zur Mitte der See auf dem zweiten Platz nur der achte Teil des Fahrpreises Sagnitz-Trelleborg 3. Klasse erhoben.

Reisungsgehilfe zu Leipzig. Im Juni wurden 478 Unfall- und Krankentransporte und 1189 Hilfeleistungen bei Unfällen und Erkrankungen seitens der Sanitätswachen erledigt. Straßenunfälle waren 133, Betriebsunfälle 384, innere städtische Erkrankungen 186 zu verzeichnen. Geburtshilfe wurde in 4 Fällen geleistet. In 7 Fällen hatte die Schwere der Verletzungen oder Erkrankungen noch vor Eintreffen des Arztes den Tod zur Folge. In 881 Fällen lagen Verletzungen vor, die sich im Haushalt ereigneten hatten. Besonders schwere Verletzungen (Knöchelbrüche usw.) lagen 301 zur Behandlung.

ha. Die teuersten deutschen Städte. Die Tagelöhner der Reichsbeamten bei Dienstreisen nach besonders teuren Orten sind durch besondere Zuschläge zu den verordnungsmäßigen Tagelöhnern ergänzt worden. Als besonders teure Städte gelten Nachen, Altona, Bremen, Breslau, Koblenz, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt a. M., Groß-Berlin, Hamburg, Hannover, Kiel, Köln, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, Mainz, Mannheim, München, Osnabrück, Stuttgart und Trier. Bei mehrtägigen Dienstreisen darf aber die gesamte Entschädigung nicht überschreiten für Beamte I. bis VII. Klasse 80, 70, 60, 50, 45, 40 und 35 Mk., bei eintägigen Dienstreisen 40, 30, 25, 20, 20 und 16 Mk.

Der Reiseverkehr über die Ostgrenze. Vom Reisebüro der Handelskammer Leipzig wird uns geschrieben: Für die Einreise von Ausländern über die Ostgrenze des Reiches war nach den bestehenden Bestimmungen bisher noch die Genehmigung des Auswärtigen Amtes in jedem Einzelfalle einzuholen. Nachdem in letzter Zeit jenseits der Grenze eine Anzahl Pässe mit der Bezeichnung selbständiger Sichtvermerkerteilung eingerichtet worden sind, und zwar: für Kongresspolen in Warschau, Adresse: Deutsche Pässe, Post 48, für das an Polen abgetretene Gebiet in Posen, Adresse: Luftstraße 12, und in Bromberg, Adresse: Unterpoststraße Bromberg, für den Freistaat Danzig in Danzig, Adresse: Deutsche Pässe, für das Memelgebiet in Memel, Adresse: Deutscher Reichs- und Staatskommissar in Memel, für Einreisen in und über das Abstammungsgebiet Oberschlesien in Oppeln, Adresse: Deutscher Bevollmächtigter für das Abstammungsgebiet Oberschlesien in Oppeln, für Litauen in Romno, Adresse: Deutsche Diplomatische Vertretung, für Estland in Reval, Adresse: Deutscher Geschäftsträger, ist die Einholung der Genehmigung zur Einreise aus diesen Gebieten durch das Auswärtige Amt im allgemeinen nicht mehr erforderlich. Das Auswärtige Amt wirkt fortan bei Reisen über die Ostgrenze grundsätzlich in keinem Falle mehr mit. Die Anträge einheimischer Firmen und Kaufleute auf Einreisegenehmigung für ausländische Geschäftsfreunde und besonders die bei der Handelskammer eingehenden Gesuche um Befürwortung solcher Anträge nebst der gutachtlichen Beurteilung der Handelskammer dazu sind künftig nicht mehr an die Pässe des



**Auswärtigen Amtes, sondern unmittelbar an die im Einzelfall für die Ausstellung des Scheckbuchs nach vorstehender Zusammenstellung in Betracht kommende Poststelle zu richten.**

**Alle die Kriegsbefähigten der Tschechoslowakischen Republik** findet am 21. bis 23. d. M. in den Amtsräumen der Tschechoslowakischen Republik in Leipzig, Georgiring 8, eine sozialärztliche Untersuchung, zwecks Feststellung der Erwerbsfähigkeit statt. Diejenigen Kriegsbefähigten, die noch keine amtliche Aufzeichnung haben, werden gebeten ihre Ansprüche dort geltend zu machen.

**Druckmaschinen-Ausstellung.** Im Deutschen Buchgewerbehaus Leipzig, Dölzstr. 1, 2. Obergesch., ist eine Ausstellung feinerer Druckmaschinen aus der Buchdrucker-Fachklasse der Handwerker- und Kunstgewerbe-Schule (Sachsen) eröffnet worden. Die Arbeiten sind sämtlich Schülerarbeiten dieser Fachklasse und von Schülern hergestellt worden. Werktag geöffnet von 10 bis 4 Uhr, Sonntags von 11 bis 1 Uhr bei freiem Eintritt.

**Die Entwurfs- und Modellmesse** findet vom 27. August bis 4. September im Festsaal des Neuen Rathauses statt. Für die Beurteilung der Arbeiten ist es notwendig, daß sie rechtzeitig, spätestens bis zum 20. Juli im Städtischen Kunstgewerbemuseum, Königsplatz, eingereicht werden.

**Die Feuerwehr in Thätigkeit.** Kleinere Brände fanden statt in der Haniel- und Hamburger Straße. Ferner rückte die Feuerwehr noch mehrmals nach Stellen aus, an denen sie keine Brände vorfand, wo es sich vielmehr um Hausbrandbeschädigungen handelte. Zum Herbeifahren wurde die Feuerwehr zweimal gerufen.

### Lebensmittelliste für Donnerstag, den 22. Juli.

#### Für Haushaltungen.

**Anmeldung.** Fleisch: Vorkochtag: abzugeben Fleischmarken 2 und Fleischmarken 5 für Kriegsgefangene.

#### Für Handwerker.

**Saferkotzen:** Bezugseinheitnahme.

**Schlachthof, Schauamt II.** Täglich von 9 bis 12 Uhr auf Haushaltkarte Ausgabe von einer Dose Rindergulasch 7,40 Mk. und einer Dose Leberpaste 4,50 Mk. sowie dänischer Fleisch-Brühwürfel.

**Anoden- und Kleinteilverkauf.** Hädrich-Wagwitz von 8 bis 1 Uhr Nr. 121-600 Fleisch- und Wurstverkauf zum Höchstpreis. Pfund 0,10 Mk.

### Bezirksturnfest in Chemnitz.

In mühevoller Weise haben die Arbeiterturner und Sportler des Leipziger Bezirks erneut den Ruf „Leipzig die Turnerstadt“ gewürdigt. Unzählige Trupps Turner und Turnerinnen, alt und jung, kamen am Sonnabend, dem 17. Juli nach dem Hauptbahnhof. Festlich geschmückte Extrazüge brachten die Massen dem diesmal besonders günstig gewählten Städtchen Chemnitz zu. Die Quartierfrage bis ins kleinste gefaßt, ermöglichte sofort das Unterbringen der eintreffenden Scharen. Am Abend füllten sich die beiden größten Saalräume zu einem wohl gelungenen Kommers. Die Aufführungen zeigten von reifer und exakter Turnarbeit. Auch die Männer- und Frauengalionschöre Chemnitz haben ihr Bestes zum Gelingen gegeben. Etwas ganz Neues für die Leipziger Turner war die Anwesenheit des 2. Bürgermeisters, auch seine freundlichen Begrüßungsworte. Trotzdem alle Lokale überfüllt waren, lebten noch unzählige das Stadtkönigliche, Trommler- und Pfeiferkorps besorgten am Sonntagmorgen 1/2 Uhr den Wettkampf. Punkt 6 Uhr traten etwa 800 Turner und Turnerinnen zum Wettkampf und Wettbewerben an. Trotz der schon sehr früh einsetzenden großen Hitze wurden sehr gute Resultate, besonders im Schwebballweitwerfen, Stabhochspringen und Schnellauf, erzielt. Auch die Wettspiele der Vereine sowie die verschiednenartigen Staffetten erbrachten sehr nennenswerte Resultate. Etwa 1/2 Uhr vormittags lernte sich allmählich der Festplatz und es erweckte den Wunsch, als wenn der Wettergott nicht hoch bleiben wollte. Diese Vereine waren im Laufe des Vormittags noch eingetroffen. 1/2 Uhr stellten sich die Massen zum Festzug am Eingang der Stadt auf. 2 Uhr 10 Minuten setzte sich der Zug in Bewegung. Ueber eine Werteliste mußte man stehen, um ihn passieren zu lassen. Zahlreiche Fahnen, Banner usw. wurden mitgeführt. 94 Vereine mit 2000 Turnern und 1000 Turnerinnen marschieren. Die Turnerinnen hatten eine fast einheitliche Kleidung. Auch hatte Chemnitz keine Schillerabteilung mitgeführt. Musikchöre, Trommler- und Pfeiferkorps waren auch im Zuge. Die Festübungen der 1100 Turner wurden sehr gut ausgeführt, auch die Haniel- und Keulenübungen der Männer- und Turnerinnenabteilung boten ein besonders abwechslungsreiches Bild. Ein sehr großes Interesse erweckten die Entscheidungsläufe der schweblichen und olympischen Staffetten. Der großen Hitze wegen setzte abends eine allgemeine Abspannung ein, jedoch die letzten Programmteile nicht mehr so flott abgewickelt werden konnten. Ein Fußballwettbewerb beendete die Veranstaltung. 3 Extrazüge brachten die Massen von 10 Uhr abends an wieder in ihre Heimat zurück. Möge dieser Tag für die Arbeiterturner- und Sportler ein weiterer Schritt vorwärts sein.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Aus der Volkskammer.

Die Volkskammer hatte sich gestern u. a. mit dem Entwurf eines Volksgesetzes zum Landessteuergesetz zu befassen. Am 30. März ist das Landessteuergesetz im Reich in Kraft getreten. 1 1/2 Monate hat sich die Regierung Zeit gelassen. Der Kammer bleiben kaum noch wenige Tage als der Regierung Monate, um das außerordentlich wichtige und komplizierte Gesetz zu erledigen. Von einer gründlichen Beratung kann dabei natürlich gar keine Rede sein. Genosse Lipinski protestierte gegen diese Art der geschäftlichen Behandlung, die der Finanzminister als „Charakteristikum der Gesetzmacherei“ dieser Tage bezeichnete. Gerade bei dieser Vorlage hätte die Regierung alle Veranlassung gehabt, schnell zu arbeiten. Seit Monaten hängen die Gemeindefinanzen völlig in der Luft, weil kein Mensch wußte, über welche Mittel die Gemeinden überhaupt verfügen können. Auch das neue Gesetz bringt nur informen eine Verringerung, als es das Verhältnis der Anteile von Staat und Gemeinden an den Ueberweisungen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer vom Reiche regelt. Ueber die Höhe der Summen, die dabei heranzukommen, bestehen nur Schätzungen und Vermutungen. Staat und Gemeinden sollen zusammen das eigne Steueraufkommen vom Steuerjahr 1919/20 plus 25 Prozent garantiert erhalten. Eins bleibt sicher: Selbst wenn die Summen über Erwartungen hoch ausfallen sollten, womit garnicht zu rechnen ist, wird die Kasse, besonders der Gemeinden, noch lange nicht behoben sein. Das weiß auch der sächsische Finanzminister, und deshalb versuchte er gestern in einer langen Rede durch freundliche Worte über die Unzulänglichkeit des geplanten Volksgesetzes hinwegzutäuschen. „Der Staat opfert bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit, um den bedrängten Gemeinden beizuhelfen.“ Das war so etwa das Thema, das Herr Dr. Reinhold in allen Variationen abtrotzte. In Wirklichkeit trifft das nicht zu, und von allen Rednern der Fraktionen wurde hervorgehoben, daß mit diesem Gesetz den Gemeinden wohl wenig geholfen ist. Die Ueberweisungen aus der Einkommensteuer sollen je zur Hälfte an Staat und Gemeinden fallen. Außerdem soll ein Ausgleichsfonds geschaffen werden, in dem 10 Prozent des auf den Staat entfallenden Teils fließen, und der benutzt werden soll, besonders notleidenden Gemeinden zu helfen. Ferner bekommen die Gemeinden einen Anteil an der Grundwertsteuer; im übrigen sind sie in der Hauptsache darauf angewiesen, neue Steuerquellen zu erschließen — die Vermögenssteuer wird ihnen zur Pflicht gemacht — und Zuschläge auf das vom Reiche freigelassene Mindesteinkommen zu erheben.

**Der Redner der Rechtssozialisten, Richter, erklärte in dem Entwurf eine Benachteiligung der Gemeinden und wandte sich gegen die Teilung der Grundwertsteuer, die die Gemeinden aufgebaut haben und von der nun der Staat einen Teil einstecken wolle. Er war der Meinung, daß die Vorlage sehr eingehend beraten werden müsse. Wenn es nicht möglich sei, damit fertig zu werden, müsse das Verhältnis einstweilen auf dem Bestandswege geregelt werden.**

Auch der Deutschnationale Beutler und Herr Blüher von der Deutschen Volkspartei erklärten, daß das Verhältnis zwischen Staat und Gemeinden ganz anders geregelt werden müsse, um so mehr, da das Gesetz nur, soweit der Maßstab der Verteilung in Frage komme, ein Provisorium bis zum 1. April 1921 darstelle, im übrigen aber Bestimmungen enthalte, die dauernd wirken sollen. Auch dagegen wandte sich Herr Blüher, daß nach den Ausführungen des Finanzministers die persönlichen Schulkosten erst vom 1. April 1921 an vom Staate übernommen werden sollen. Die Gemeinden seien gar nicht in der Lage, diese Lasten bis dahin zu tragen.

Genosse Lipinski bekämpfte vor allem das in der Vorlage enthaltene Bestreben, die Rittergüter, die nach einer Verordnung vom Dezember 1918 bis zum Ende 1920 ihre Selbständigkeit aufgehoben haben sollten, dauernd zu erhalten. Ferner wandte er sich dagegen, daß die Religionsgesellschaften nicht nur das Recht erhalten sollen, Zuschläge zu den Einkommensteuern, sondern auch auf den Grundwert zu erheben. Schließlich gestellte er, daß wieder die Kopfsteuer vorgezogen ist und das Mindesteinkommen bis zur untersten Grenze, die ein Existenzminimum ausschließt, erhoben werden soll.

Nach einigen Bemerkungen des Finanzministers wurde die Vorlage an den Rechtsausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung stand weiter der Antrag des Rechtsausschusses, wonach die Reichsregierung zu ersuchen sei, ununterbrochen ein Ermächtigungsgesetz zu schaffen, wonach den Regierungen der Bundesstaaten das Recht gegeben wird, vorübergehend in die Rechte der Eigentümer von landwirtschaftlichen, industriellen und kaufmännischen Betrieben einzuwirken, der Bergwerke einzutreten, wenn die rechtmäßigen Besitzer ohne zureichenden Grund ihre Betriebe stillstellen oder einschränken.

Wir haben schon ausführlich über den Antrag und die Stellung der Parteien im Ausschuß berichtet. Auch gestern verließen die bürgerlichen Vertreter aller Schattierungen noch einmal, den Antrag zu Fall zu bringen. Die Abstimmung wurde ausgefällt, da das Haus beschlußunfähig war.

Außerdem wurden noch einige Etappen erledigt. Die Haushaltsartikel Domänen sowie staatliches Fernheizwerk werden nach der Vorlage angenommen. Die Einnahmen im Haushaltskapitel Landwirtschaft, Handel und Gewerbe mit 58 000 Mk. wurden genehmigt und die Ausgaben mit 1 800 800 Mk. bewilligt.

### Die Volksovernummer an der Arbeit.

Die in Dresden abgehaltene XI. ordentliche Landesynode hat vor ihrem Auseinandergehen auch zum Religionsunterricht Stellung genommen. Der deutschnationale Volksstammesabgeordnete Dr. Rendtorff aus Leipzig entließ sich über die unfähigen und „suchlos gewordenen“ Lehrer, die sich von den Massen nicht mehr gegen ihre Ueberzeugung mißbrauchen lassen wollen und stellten folgenden Antrag:

„Die Synode wolle beschließen, angefaßt der in Lehrerkreisen widerholt, um Selbstneuerung in der Leipziger Lehrzeitung Nr. 24 vom 7. Juli d. J. ausgegebenen Lösung, den Religionsunterricht weiterhin zu erteilen, ihn aber mit ethischen und religionsgeschichtlichen Betrachtungen zu versehen, spricht die Landesynode unter Berufung auf Artikel 140 der Reichsverfassung und auf die Verordnung des Sächsischen Unterrichtsministeriums vom 15. Mai 1920 die bestimmte Erwartung aus, daß einer solchen ungeschicklichen Ausfüllung der Religionsstunden mit an sich wertvollem, aber als Ersatz der evangelischen Religion unzureichenden Stoffe gewährt werde. Zugleich erklärt die Landesynode immer wieder aufstrebenden Mißverständnissen gegenüber, daß ihr jeder Gedanke an eine Wiederaufnahme der sogenannten geistlichen Schulaufsicht, insbesondere auch hinsichtlich der Erteilung des Religionsunterrichtes, fernliegt.“

Unterfaßt wurde Herr Rendtorff namentlich von seinem Leipziger Kollegen Prof. Hildebrand, der die Kühne Behauptung aufstellte, in der Elternschaft mache sich eine wachsende Erbitterung über das Verhalten der Lehrer bemerkbar, die den Religionsunterricht mißbrauchen oder schmächtig vernachlässigen.

Wir begreifen den Schmerz der reaktionären Sippe. Aber die Herren haben es ja völlig in der Hand, den „Mißbrauch der Religion“ durch andere zu verhindern. Sie brauchen nur für die Beilegung des Religionsunterrichtes aus dem Unterrichtsplan auszutreten. Sie selbst könnten Religionsunterricht erteilen, soweit sie wollten, vorausgesetzt, daß sich nach Wünschen des Zwangs noch jemand finden würde, der ein dringendes Bedürfnis empfinden sollte, seinen Kindern mit unnützem kirchlichen Dogmen- und Formelkram das Hirn verflüßeln zu lassen.

### Die kaufmännische Verwaltung der Staatsbetriebe.

In einer der letzten Volkskammeritzungen versuchten die bürgerlichen Vertreter die Unrentabilität der Staatsbetriebe nachzuweisen. Von der Regierung wurde darauf hingewiesen, daß die Feststellungen im Haushaltsplan die Ergebnisse viel ungünstiger erscheinen lassen, als sie seien, da die alte kameralkünstlerische Buch- und Rechnungsführung die wirkliche Lage verschleierte. Und der Finanzminister Dr. Reinhold kündigte an, daß in sämtlichen sächsischen Staatsbetrieben die kaufmännische Verwaltung eingeführt werden sollte. Der Volkskammer ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der die Anwendung einleitet. Nach dem Entwurf sollen die bergbaulichen und gewerblichen Unternehmungen des Staates: die Kohlenbergwerke, die Kalkwerke, die Elektrizitätswerke, die Glitterwerke, das Blausäurewerk und die Porzellanmanufaktur unter Oberleitung des Finanzministeriums kaufmännisch verwaltet werden. Auch andre staatliche Unternehmungen, die sich dazu eignen, sollen nach diesen Grundzügen verwaltet werden. Das Geschäftsjahr soll sich mit dem Rechnungsjahr des Staates decken. Der Gewinn oder Verlust jedes Geschäftsjahres soll durch kaufmännische Inventur, Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung ermittelt werden. Das bei den Unternehmungen angelegte staatliche Kapital gilt als Einlage des Staates und ist in den Bilanzen unter die Passiven aufzunehmen. Für jedes Unternehmen wird ein Verwaltungsrat gebildet, der aus neun oder zehn Mitgliedern besteht. Außerdem gehört ihm der Finanzminister an. Von den Mitgliedern werden drei vom Landtage aus seiner Mitte gewählt; je ein Mitglied soll der Arbeiter- und Angestelltenrat des Unternehmens oder, wo ein Angestelltenrat nicht besteht, der Betriebsrat aus seiner Mitte wählen. Wählbar ist, wer die Wählbarkeit zum Landtage besitzt. Den Vorsitz im Verwaltungsrat führt der Finanzminister oder sein Vertreter. Das Gesetz soll am 1. April 1921 in Kraft treten. Es umfaßt fünfzehn Paragraphen, in denen die näheren Angaben über die Mitglieder des Verwaltungsrates, ihre Rechte und Pflichten enthalten sind.

### Neue Vorlagen an die Volkskammer.

Der Volkskammer ist eine Ergänzung zum Staatshaushaltsplan für 1920 gegangen, ferner ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Gehälter für Amtshandlungen der Behörden im Bereiche des Ministeriums des Innern, des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums sowie ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Befreiung von Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen und Anstalten von der Krankenversicherungspflicht vom 6. April 1914.

**Planen.** Die Stadtkommission stimmte gegen die Stimmen der Unabhängigen der neuen Befindungsordnung für die Ratmitglieder zu, wonach diese ein Grundgehalt von 14 200 bis 21 000 Mk., Stadthauptamt und Polizeirat 17 200 bis 24 000 Mk., Bürgermeister 19 000 bis 27 000 Mk. und der Oberbürgermeister 36 000 Mk. erhalten. Der Ortszuschlag beträgt 25 v. H. — Die beantragte neue Tarifhöhung der Elektrischen Straßenbahn wurde abgelehnt, einer Einschränkung des Betriebes aber Zustimmung gegeben.

## Ans der Umgebung Leipzigs.

**Gaußsch. Errichtung eines Zweckverbandes.** Die räumlich eng verbundenen Gemeinden Gaußsch, Dösch, Marktleeberg und Großstädteln wollen sich zu einem Zweckverband zusammenschließen, um gegebenenfalls gemeinschaftlich an die Schaffung notwendiger größerer gemeinschaftlicher Einrichtungen wirtschaftlicher oder kultureller Art heranzutreten. Ohne die einzelnen Gemeinde bei der Einrichtung verbender Anlagen usw. zu beschranken, sollen bei größeren Objekten, deren Ausführung der einzelnen Gemeinde Schwierigkeiten verursacht, durch gemeinsame Vorhaben und Ausnutzung der Vorteile erzielt werden. In einer Sitzung von Vertretern der beteiligten Gemeinden entwickelte Herr Gemeindevorstand Fischer-Dösch-Marktleeberg die Ziele des zu gründenden Zweckverbandes unter Vorlage entsprechender Satzungen. Eine Kommission soll dieselben nochmals durchberaten, und die Gemeinderäte haben dann endgültig über deren Annahme zu beschließen. Das von Herrn Gemeindevorstand Fischer entwickelte Programm enthält in der Hauptsache alle die Punkte, die wir feinerzeit bei der Propagierung des Verschmelzungsgedankens Gaußsch-Dösch-Marktleeberg geltend machten. Damals glaubte das Bürgerium, gegen die Verschmelzung Stimmung machen zu müssen in der Hauptsache aus politischen Motiven. Nun erfahren unsere Bestrebungen die beste Rechtfertigung durch einen Mann, der jedenfalls die Gemeindepolitik von einem andern Gesichtspunkte aus betrachtet als gewisse Dorfpolitiker. Wundern muß man sich, daß die Gemeinde Zöbiger es nicht für notwendig fand, auf die Anfrage zur Beteiligung an dem Zweckverband eine Antwort zu erteilen.

**Gaußsch. Gemeinderatsitzung.** Frau Martha Schmidt (Mehrschulz) wurde als Mitglied des Gemeinderats verpflichtet und dem Fürsorgeausschuß zugeteilt. Ihr Fraktionskollege Schent tritt in den Finanzen, Bau- und Siedlungsamtsschuß ein. Gegen den Abbruch der hiesigen Maschinenlegerei hat der Gemeindevorstand Einspruch erhoben, mit dem Erfolg, daß die Amtshauptmannschaft dem Abbruch ihre Zustimmung versagt hat. Kenntnis wurde genommen von der Ausschreibung von Lehrstellen. Eine Anzahl Bauarbeiter aus der Gemeinde sind in Regis mit dem Bau von Arbeiter- und Beamtenwohnhäusern beschäftigt. Sie verlangen von ihrem Unternehmer die Rückzahlung des Jahrgeldes (pro Woche 8 Mk.) aus Gemeindefonds. Der hieraus entstehenden Konsequenzen wegen wurde das Gesuch abgelehnt. Das Gesuch soll an die Amtshauptmannschaft weitergeleitet und eine Entscheidung über die Zulässigkeit solcher Vergütungen an auswärtig beschäftigte Arbeiter herbeigeführt werden. Einige Abänderungen des Grundgesetzes der freiwilligen Feuerwehr und der Feuerlöschordnung wurden einstimmig gutgeheißen. Einer vom Rat der Stadt Leipzig vorgeschlagenen Grenzregulierung an der Kobener Straße wurde unter gewissen Vorbehalten zugestimmt. Beschlossen wurde die Bildung eines Ortsrates in Stärke von 60 bis 80 Mann. Die Vorarbeiten übernimmt ein paritätisch zusammengesetzter Ausschuß von 5 Personen, in den außer dem Gemeindevorstand die Herren Leube und Schent und die Herren Winkler und Besse gewählt wurden. Auf erneute Gesuchforderungen der Gemeindefürsorge beschloß der Gemeinderat einen 10prozentigen Zuschlag auf das Zulagegeld als Ausgleich für die Monate April bis Juni. Sollte die staatliche Gehaltsreform bis zum 1. August noch nicht geregelt sein, so werden weitere 40 prozentige Zuschläge gefaßt werden. Grundhaftig wird anerkannt, daß den Beamten die Regelung ihrer Gehaltsbezüge mit Rückwirkung ab 1. April d. J. nach staatlichen Grundzügen zusteht. Der Stundenlohn der Kleinmacherauer wurde auf 1,80 Mk. festgesetzt. Einem Beschlusse wurde eine monatliche Entschädigung von 60 Mk. zugestimmt. — Die amtlichen Bekanntmachungen für die Gemeindefürsorge sollen in Zukunft nicht mehr in der örtlichen Lokaltresse erfolgen, sondern an 5 Stellen innerhalb des Ortes angehängelt werden (Gemeindevorstand, Ratsrat, Bauereis und Spinnereistraße sowie am Bürgergarten). Die Einführung von Gasmarken soll in Erwägung gezogen werden. Den Anlegern in der Bauereisstraße soll die schnellste Herstellung der Fuhrwege aufgegeben werden. Der Betrieb der Volksschule soll nach Aufbrauch der Warenvorräte eingestellt werden.

**Großschöcher-Windorf.** Aus dem Gemeinderat. Der Arzt Dr. Schmidt hat krankheitsbedingt keine ärztliche Tätigkeit ausüben können. Sein Nachfolger ist Dr. Herrmann. Der Armen-, Gemeinde- und Impfarzt Dr. Freund erbittet Erhöhung seiner Gehälter um 200 Prozent. — Nach einer Mitteilung ist die geplante Kraftwagenlinie Leipzig-Enthausen-Zwenkau ausgegeben worden. — Ein Kraftwagen-Gesellschaft hat sich gebildet, Hausbrandkohle heranzufahren. Trotz Auforderung sind aber keine Bestellungen eingegangen, was bei dem enormen Preise, auf den diese Kohlen zu stehen kommen, nicht zu verwundern ist. — In Dresden ist mit Unterstützung des Staates eine Lehmbauschule eingerichtet worden. Die Gemeinde wird zur Teilnahme aufgefordert und soll Bauaufsichten und Bauhandwerkern den Besuch der Schule ermöglichen. Rechnung dazu war nicht vorhanden und auch mit Recht, denn mit solchen Mitteln wird die Wohnungsnot nicht behoben. Die maßgebenden Herren in Dresden sollten lieber einen entschlossenen Schritt nach vorwärts machen und eine der allgemeinsten Bedürfnisse, das Wohnen, der Gemeinwirtschaft unterwerfen. Die Wiedereröffnung des Wohnhauses ist ökonomisch ebenso unmöglich wie die Wiederherstellung des Spinnrodens. — Die Bezirksanstalt Tscheltz hat die Jahreskosten von 600 auf 1800 Mk. erhöht. Die Krankenhäuser die Tageskosten auf 12 und 18 Mk. und die Gasanstalt die Preise für 1 Kubikmeter auf 1. Juli auf 1,20 Mk. — Weil eine durch die Gemeinde ausgeführte Pflasterung deren Kosten 27 024 Mk. betragen, 1000 Mk. höher ist als der Kostenanschlag, verurteilt man Stimmung gegen die Regierung zu machen. Wenn auch die nähere Nachprüfung nichts anderes ergeben sollte, so hat sich die Regierbarkeit doch bewährt, und nicht nur in diesem Falle. Es geht ohne Privatunternehmer Erziehung und Einsicht wird es dahin bringen, daß es besser geht. — Zur Aufstellung von Oberleitungsmaßen auf den Wasserwerkweisen fordert der Gemeinderat zum Schutze des Grundwassers hindere Verpflichtung der Gesellschaft. — Die Abstimmung über den Ankauf einer Spielwiese mußte wiederum ausgesetzt werden wegen der Bedingung der Kosten- und Steuerübernahme auf die Gemeinde und das Fortbestehen eines Pachtverhältnisses bis Ende 1921. — Ohne daß Ausschreibung erfolgte lagen bereits einige Angebote auf die Pappel- und Pflaumenanpflanzung vor. Es wurde beschlossen, beides durch die Gemeinde zu bewirtschaften.

**Vindenthal.** Aus dem Gemeinderat. Unser wiederholte Beschwerde an die Straßenbahn-Direktion wegen der Inbetriebnahme der Linie 6 bis zur Endstation ist wiederum abgelehnt worden. — Die geplante Personalkraftwagenlinie Leipzig-Landsberg soll über Wiederitz nach Vindenthal geführt werden. Der Fahrpreis würde pro Kilometer 40 Pfg. betragen. — Der 5. Nachtrag zur Grundwertsteuerordnung wurde in zweiter Lesung einstimmig angenommen. — Ebenso die Gaspreiserhöhung der Fähringer Gasgesellschaft vom 1. Oktober an auf 1,20 Mk. — Die Pflaumenanpflanzung der Gemeinde soll wieder, wie in früheren Jahren, in eigene Regie übernommen werden, um die Pflaumen zum billigsten Preise an die Einwohner abgeben zu können.



In der Frage der Einreichung der Gemeindefunktionäre in die Besoldungsordnung nimmt der Gemeinderat eine abwartende Stellung ein, da diese wichtige Sache einseitlich geregelt werden soll. Beschlüsse wurde, den Beamten bis zur endgültigen Regelung 80 Prozent Vorschuss zu gewähren. Dieser Vorschuss soll bei der Gehaltsregulierung ausgeglichen werden. — In einer früheren Sitzung ist die Einreichung eines Ortschulhauses beschlossen worden. Als jetzt sind 34 Personen eingetragen. Der aus fünf Personen bestehende Vertrauensauschuss wurde hierauf vom Gemeinderat gewählt. — Die Girokasse hat im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 9203 Mk. erzielt. — In dem ersten Vierteljahr des Bestehens unseres Standesamtes — April bis Juni 1920 — sind zu verzeichnen: 36 Geburten, 8 Sterbefälle, 11 Eheschließungen. Für diesen Winter soll wieder die Straßenbeleuchtung eingeführt werden. — In nichtöffentlicher Sitzung wurden eine Anzahl Anträge erledigt.

**Markfrankfurt.** Aus dem Stadtgemeinderat. Die Hartkornsteine werden auch in diesem Jahre in eigene Regie genommen. Im vergangenen Jahre hat die Bevölkerung das Obst für ziemlich niedrigen Preis erhalten und es ist auch noch ein Ueberschuss für die Stadt herausgewirtschaftet worden. Die Bestimmungen über den Arbeiterschutz auf Bauten nahm man an. Die Verordnung über die Bewilligung der Lehrgeldhalter wurden zur Kenntnis genommen. Die Lehrer werden in Gruppe 7 eingereiht. Ein Hilfslehrer hat die Stadtgemeinde verlassen, weil er 500 Mk. Teuerungszulage, die er zu viel erhalten hat, zurückzahlen soll. Es wird gutgehoben, daß der Stadtrat die Summe abgezogen hat und die Sache ausgeklagt wird. Die Kassenverwaltung wurde auf 3 Jahre an den jetzigen Wächter Riemle wieder verpachtet. Die Relegationsliste für städtische Beamte wurden um 100 Prozent erhöht. Auf Anfrage wurde mitgeteilt, daß die Reparaturen im städtischen Bade Ende nächster Woche beendet sind und das Bad übergeben werden kann. Die Schleusenrohre, die von der Firma Schulze gefertigt sind, erfordern eine Nachforderung von 22 500 Mark. Man ist der Ansicht, diese Summe nicht zu bewilligen, sondern mit der Firma zu verhandeln. Für die 40 Stück Wassermesser, die 7000 Mk. mehr kosten sollen, wurde die hohe Preisfestsetzung ebenfalls nicht bewilligt. Anschließend fand noch eine Sitzung der Stadtratsordnungen statt, in der verschiedene Rechnungen richtig gesprochen wurden.

**Großhöfeln.** Aus dem Gemeinderat. Die Thüringer Gasgesellschaft hat den Gaspreis anderweit von 1.10 auf 1.20 Mk. für den Kubikmeter heraufgesetzt. Für einen der Lehmbau-Lehrer der Landesbildungsanstalt Sächsisches Heim in Dresden soll ein Teilnehmer, der sich hierzu gemeldet hat, genannt werden.

Auf die Einsprüche der Gemeinden Dörsch und Gaußsch gegen die hier geplante Fabrikbebauung soll die nördliche Hälfte des Grenzstückes Nr. 17 zur Wohnhausbebauung freigegeben werden, um einen Uebergang in die Bauzone der Nachbargemeinde zu schaffen. Der Rückwandererhilfe wurden 30 Mk. Beiträge bewilligt. Dafür soll aber von einer öffentlichen Sammlung abgesehen werden. Der auf die Gemeinde entfallende Anteil an Kohlensteuer wird demnächst an 9 bedürftige Personen, und zwar in Kohlen, verteilt. Der Fleischbeschauer Grunert in Großdeuben hat sein Amt für den Ort für den 1. Oktober d. J. aufgekündigt. Das Amt soll dem Feiseur Mathies in Jöbzig mit übertragen werden. Wegen Einreichung des Dries in Ortsklasse A sollen die erforderlichen Schritte unternommen werden.

**Großdeuben.** Aus dem Gemeinderat. Hr. Jenny Richter ist am 1. Juli als Krankenschwester des Gemeindeverbandes angetreten. Der Gaspreis ist von 1.10 Mk. auf 1.20 Mk. erhöht worden. Das Amtsgericht Röttha teilt mit, daß es der Bitte des Gemeinderates, Grundstückseintragungen nur nach Beibringung der Zuwachsteuer-Quittung vorzunehmen, nicht entsprechen könne, daß vielmehr das Hauptamt zuständig sei. Der frühere Beschluß, die Staatssteuern nicht abzuliefern, bis der Staat seinen Verpflichtungen gegen die Gemeinde nachgekommen ist, wurde aufgehoben, da die der Schulkasse zugelegten Beträge eingegangen sind, ferner die Möglichkeit besteht, ansinlose Darlehen aufzunehmen. Ein Urlaubsgesuch der Hilfsbeamtinnen wurde zu normaler Beratung an den Finanzausschuss verwiesen, der zugleich allgemeine Bestimmungen über Feriengewährung aufstellen soll. Da infolge häufigen Wechsels der Inhaber von Dienstwohnungen die Zahl der wohnungsuchenden Familien immer mehr wächst und die Räumungslage der Dienstverrichtungen meist von Erfolg ist, beschloß man die ministerielle Genehmigung zur Auslesung des gerichtlichen Räumungsbeschlusses nachzulassen. Die Bepflanzung der Straßenränder mit Obstbäumen soll in der nächsten Zeit beraten werden.

**Wahlpulver zur Reichstagswahl.**

**7. Quittung.**  
Beim Bezirksparteisekretariat gingen an weiteren Beiträgen ein: Liste 321, 338, 340 durch Gerhardt, Dörsch 90.—; Liste 9451, 9470, 9472, 9474, 9475, 9478, 9479, 9489, 9490, 9493, 9494 durch Böhle 745.40; Liste 5002, 5003, 5009—5021 gelammelt in der Wagenwerkstatt Engelsdorf durch Salem Meitum 582.50; Liste 9008 Angestellte Volkshauswerte Wahren 65.50; Liste 5060, 5089 Kleiderwerke L. Gohlis 319.40; Liste 9514, 9515 durch Borkmann 123.—; Liste 6060 durch Vertel 64.50; Liste 6736, 6737, 6738, 6739, 6740—6750 326.10; Liste 308, 309, 310 Ortsverein Dörsch 35.50; Liste 791, 1008, 1013, 1014, 1015, 1017, 9398, 9399, 9406, 9408, 9411.

9416, 9435, 9441 durch Kalkweit 723.70; Liste 9319, 9320 durch Herrschel, Ortsverein Wölkow 61.—; Liste 9105 Ortsverein Borkow 3.—; Liste 530, 6307, 6313, 6314, 6321, 6322, 6325, 6326, 6340, 6341, 6348, 6362, 6364 durch Wörte 481.40; Liste 9117, 9174, 9175, 9181, 9189 durch W. Gölge 167.10; Liste 6751—6770 269.—; Liste 6186 27.—; Liste 6066 Konsumverein, Warenhaus Veitshaus Lindenau 146.—; Liste 9035, 9610—9618 322.50; Liste 9006 Gewerkschaft für die Weidener 73.35; Liste 9608 rote Barbierknecht Naundörfer 3, Jacobi 21.50; Liste 331 von Tautz & Co. durch Arno Müllner 64.50; Liste 783—787 A. Verband der Schuhmacher 113.35; Liste 440, 439, 424, 427, 430 Ortsverein Marktberg 34.50; Liste 9786, 9787, 9790, 9798, 9800 95.80; Liste 9794 D. H. W. durch Friede 104.—; Liste 9795 durch Blotze 177.—; Liste 323—325, 328—330, 331, 335, 337 durch Böhme, Dörsch 335.—; 10. Kreis n. Konto Viken 2100.—; Liste 6816 Personal der Buchdrucker Rieder & Wittig 83.50; Liste 6942, 6945, 6928, 6940, 6950, 6953, 6954, 6967, 6946, 6781, 6902, 6920, 6948, 6956, 6951, 6918, 6955, 6938, 6932, 6917, 6933, 6932, 6933, 6967, 6905, 6958, 6906, 6904 durch Dornburg 709.90; Liste 6990 Arbeiterkassier der Fa. H. Vilsenbier, Buchbinder 142.—; Liste 740, 741, 742, 763—769, 6416, 6432 durch Engelhardt 1132.00; Liste 750 Arbeiter der Firma Schimmel & Co. Wittig 393.—; Liste 9546 durch Borkmann 56.—; Liste 9505 9.—; Liste 6003 10.—; Liste 9106—9115 Ortsverein Thelma 290.95; durch Panzer 300.—; Wahlbeitrag Rößchel, Lindenau 20.—; Rener, Thonberg 20.—; Vatermann, Gohlis 20.—; E. V. Thonberg, Neureuditz 20.—; D. W. 20.—; H. u. Sch. 40.—; Richter 20.—; Schwärz, Schleißig 20.—; A. H. 20.—; Enselbrecht 20.—; Theile 20.—; Seibel, Neustadt 20.—; Schönefeld 20.—; Kiebitz 20.—; 3 Genossen durch Dornburg 60.—; für Rechtsauskunft 2.—; Zurädge, Rosen 21.—; D. B. Situationsgelehrer 4.—; Tellerammlung Sanktveit (1. Juni) 151.30; Tellerammlung Ortsverein Sommerfeld-Engelsdorf 77.50; Ortsverein Eutritsch, Ueberbüsch 118.11; Automobilklub Marktgrünhübel, Neureuditz 23.—; Tellerammlung Plaunig 50.14; Hr. Martin 20.—; H. Horn 25.—; Liebmann 12.—; Tellerammlung Buchshain 59.05; Straßeneinläufe durch Berger 41.50; Nationaler Leipziger-Daunshaus, Borsdorfer Bahnhof und Engelsdorf 80.—; Ueberbüsch, Ortsverein Wiederbüsch 7.55 Mk.

**Beitragung.** Sammelliste 5089 sind 402.40 und Sammelliste 5244 sind 438.75 Mk. vom Kleiderwerk L. Gohlis gelammelt worden. In der 5. Quittung Wahlpulver vom 10. 6. 1920 sind die Listen 0583—0590, 0594, 0596—0604 sämtlich irrtümlich als 4583 ujm. bezeichnet worden. Die Gelder sind von der Arbeiterschaft der Firma Dupfeld gelammelt worden.

**Quittung.**  
Kampffonds zur Erlangung der Pressefreiheit (7. Quittung). Beim Bezirksparteisekretariat gingen an weiteren Beiträgen ein: Ueberbüsch vom Bergmann der Kammergärtnerverein Leipzig durch Winger 150 Mk.; Viken 3011—3015, 3223—3235, 71.75 Mk.; Viken 1525, 4527, 4529, 4530—4533, 4537, 54 Mk.; Liste 3025 durch Blotze 278 Mk.; Viken 3089, 3093, 3 Mk.

**Neues Theater.**  
Mittwoch, den 21. Juli 1920  
17.1. Vorrede-Vorstellung (8. Folge, 10.50)  
**Eine Nacht in Venedig.**  
Soprano in 3 Akten von J. Hoff und M. Giese. Musik von G. Strauß.  
Inszeniert von Joseph Groß. Musikal. Leitung: Dr. Max Bachmayer.  
Personen: Quiso, Gergo von Urbino (Herr Wolfram); Mariolina Delacosa, Stefano Barbacucio, Giorgio Zaccaro, Senatore von Venedig (Herr Hof), Joseph Trautmann, 2015 Burg; Barbara, Delacosa's Frau (Frau Golland); Agneta, Barbacucio's Frau (Frau Golland); Constantia, Zaccaro's Frau (Frau Golland); Amalia, Barbacucio's, Barbara's Nichte (Madame Golland); Caraculo, des Gergo's Leibarzt (Herr Golland); Saporoc, Barbacucio's (Herr Golland); Ebeletta, Agneta's im Verkleide (Frau Golland).  
Sprechst. Umlauf: Hr. Hofmann 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.  
Donnerstag, den 22. Juli: 17.1. Vorrede-Vorstellung (8. Folge, 10.50).  
Freitag, den 23. Juli: 17.1. Vorrede-Vorstellung (8. Folge, 10.50).  
Sprechst. Umlauf 7 1/2 Uhr.

**Alles Theater.**  
17.1. Vorrede-Vorstellung, den 23. Juli: 17.1. Vorrede-Vorstellung.

**Neues Operellen-Theater.**  
Mittwoch, den 21. Juli: 17.1. Vorrede-Vorstellung.  
Donnerstag, den 22. Juli: Die Falschhölzer, Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag, den 23. Juli: Die Katakomben, Anfang 7 1/2 Uhr.

**Marionettentheater Messplatz.**  
Direktion: Kollmann-Bild. — Spielzeit: Sam. u. Wänsch.  
Täglich 4 Uhr Gr. Ferienvorstellung „Klein-Däumling“.  
Nachm. u. abds.: Theatrum mundi-Nachspiele!  
Täglich 8 Uhr: **Kaspars Benefiz:**  
Man muß Kasper heiraten! Pöke mit Gefang. Urmantel! Toller Humor! Vorverkauf: Warenhaus Althoff.

**Krystall-Palast.**  
Täglich abends 7 1/2 Uhr  
Gastspiel „Jean Blatzheim“  
Die spanische Fliege.  
Schwank in 3 Akten von Fr. Arnold u. E. Bach.  
Vorher Auftreten erstklassiger Künstler.

**Baltenberg.**  
Varieté. Abends 7.30 Uhr  
Gastspiel Paul Beckers mit Fr. Silvaré  
„Die Erbtante“.  
Theater. Abends 7.30 Uhr  
Wan Eta, der Gipfel der Frechheit  
Morgen: Wan Eta, der Gipfel der Frechheit.  
Vorverk.: Tagesk. 10-2 u. Zlg.-Gesch. Katharinenstr. 6.

**Erstklassiges Kabarett „Libelle“**  
Trokadero  
Windmühlenstrasse 14

**Ballschau Felsonkeller**  
Jeden Donnerstag und Sonntag  
Die berühmten Ballfeste mit Leipzigs bestem Tanzorchester.

**Volkshaus**  
Der Mussenbesuch unserer Volkstümlichen Ballfeste  
Küche Keller  
Kaffee Kuchen  
veranlassen uns, morgen Donnerstag, ab 1/2 7 Uhr, noch einen **Schwarzwälder Dirndl-Abend** zu veranstalten.  
Herrliche Dekoration: **Ein Dorfidiyll im Schwarzwald!**  
Damen im Dirndl-Kostüm freien Eintritt!

**Luna-Park am Auensee**  
Morgen Donnerstag:  
2. Grosses Elite-Konzert  
des gesamten Neumann-Orchesters (50 Musiker). Leit.: Kapellm. Neumann u. a. Posaunenquartett vom Turm des Hauptrestaurants.  
Bei eintr. Dunkelheit:  
Grosses Brillant-Feuerwerk über dem See.

**Kaffeehaus Goldene Kugel**  
gegenüber dem Hauptbahnhof  
Gediegener Grossbetrieb  
Freundliche Räume ...  
Getränke und Gebäck nur bester Art  
Billard-Saal  
Joh. Schiesser

**Gangstouci** Morgen ab 1/2 7 Uhr  
Sonntag ab 1/2 5 Uhr  
**Ball**

**Gesellschaftshaus Schönefeld** Trauringe massiv Gold  
Gustav Kaniss  
Tauchaer Str. 6. 1.  
Heute Mittwoch, den 21. Juli, 1/2 7 Uhr abends  
Großer Walzer-Abend.  
Endstation 17. — 9 Uhr: Kontor. — Starkbel. Orchester.

**Rindleder-Coupekkoffer**  
Desgleichen in deutscher Fiber. Größte Auswahl. Nur eigene beste Fabrikate. Billigste Preise.  
Karl Blaich Windmühlenstraße 32  
Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul- und Reiseartikel und div. fl. Lederwaren.

**Leipziger Schauspielhaus.**  
Sopranstr. 17/19. Direktion: Fritz Wöhring. General 1000  
Mittwoch, den 21. Juli 1920  
Gastspiel Anton Grand.  
**Zwangsquartierung.**  
Schwank in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach.  
Inszeniert von Anton Grand.  
Personen: Kommissionsrat Anton Schwalbe, Adolph Berger (\*), \* (Verdacht, kein Reife (Herr Golland), Mathias Gollmann, sein Kompanon (Herr Golland), Helene, seine Tochter (Frau Golland), Dr. Hans Helmig (Herr Golland), Grotta Aereff (Herr Golland), Grotta Aereff's Frau (Frau Golland), Wilhelm Venzel (Herr Golland), Auguste Altmann (Frau Golland), Anna, ihre Tochter, Rubin der Schwabe (Herr Golland), Hans, Blauer der Schwabe (Herr Golland), Frau Wollmann, Wollmann's Frau (Frau Golland).  
Der der Handlung: Eine große Provokation.  
Kommissionsrat Anton Schwalbe  
Wann nach dem 2. Akt.  
Gendarmen-Direkt.  
Umlauf 7 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.  
Donnerstag, den 22. Juli: Gastspiel Anton Grand: Zwangsquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag, den 23. Juli: Gastspiel Anton Grand: Zwangsquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Leipziger Volksbühne.** General 1111  
Festung: Robert Oversee.  
Donnerstag, den 22. Juli, abends 7 1/2 Uhr  
Serie 6  
**Das Dorf ohne Glocke.**  
Sprechst. Umlauf: Freitag: Serie 7, Sonnabend: Serie 8: Tot Tod ohne Glocke.

**Theater in der Elsterstraße (Kammerspiele).** General 1250  
7 1/2 Uhr Täglich 7 1/2 Uhr  
**An der Quelle**  
faß der Knabe ...  
mit Hans Leibel.

**Sommertheater „Felsenkeller“ Plagwitz.**  
Gastspiel: Theater in der Elsterstraße.  
7 1/2 Uhr Freitag, den 23. Juli 7 1/2 Uhr  
**Der Raub der Sabinerinnen.**  
Schwank in 4 Akten von Franz und Paul v. Schönthan.  
Spielplan: Sonntag, Montag, Dienstag, Mittwoch: Der Grohstadt-Kavaller.

**Drei Linden**  
Täglich abends 7 1/2 Uhr  
Der glänzende Varieté-Spielplan sowie die Neuheit  
**Der Einbruch**  
mit Bernhard Wildenhain in der Hauptrolle.  
Ab 1. August: ...  
Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33495 und 33543). Th. Althoff, Peterstr. 8. Konsumverein, K. Helne-Str.

**FAMILIENBAD MARCKLEFBERG**  
EINFACHES LEIPZIGER FAMILIEN-LICHT-LUFT-UND FLUSSBAD  
1 1/2 Me. von der Straßenbahn 12. — Bedeutend erweitert.  
Jeden Mittwoch, Sonnabend und Sonntag  
Kurkonzerte unter Leitung von Rudi Hauwede.  
Hoster Familienaufenthalt. Billige Ferienkurten.

**Naturpark Schleussig**  
Morgen Donnerstag, ab 7.30 Uhr  
**Gr. Elite-Park-Konzert**  
ausgef. v. Leipz. Philharmon. Orchester. Dir.: F. Schleider

**Patentanwaltsbüro Sack,**  
Leipzig, Brühl 2.



## Die Steine.

201

Von Konrad Voelke.

Damit ließ er den Affen allein. Aber die Freundin der Frau war unterdessen in ihr Geschäft gegangen; er hatte diesmal wirklich auch keine Zeit, und so fuhr er eilends ab, schmunzelnd und mit sich zufrieden. Seine Schwester begleitete ihn zur Bahn, und er gab ihr die besten Versicherungen, daß ihr Mann ein ganz harmloser Narr sei, der sich nun schon wieder still und brav verhalten würde.

Unbehau machte diese Versicherungen auch alle Ehre. Er durfte schmeigeln, kochte früh Kaffee, putzte das Schuhwerk, schmeuerte sogar die Stuben, kurz, er erledigte, soweit das seine Gebrechlichkeit irgend zuließ, ein Dienstmädchen, dem er auch darin glücklich, daß er in der Küche abgepeist wurde.

Das Gespräch mit seinem Schwager wirkte in ihm nachhallig wie ein schleimendes Gift. Zuerst hatte er die Faust geballt und sich voll Mut gelobt, nun endlich die Raufschläge seines Freundes Leps zu befolgen. Aber da Leps kaum noch kam, fehlte der tägliche Anstoß und es blieb beim Vorhaben. Dann überlegte er Gottlieb's Beweise für seine Unzurechnungsfähigkeit. So ein Unfinn! So ein Halunke! Schluderte er anfänglich ganz richtig. Um sich seines gesunden Verstandes zu vergewissern, machte er allerlei Proben. Er überdachte irgendetwas und las dann in einem Buche über denselben Gegenstand nach, ob seine Gedanken sich mit denen des Buches deckten. Es schienen so, aber das konnte seine Bedenken nicht heben. Es war möglich, daß er sich das, wie Gottlieb gesagt hatte, nur einbildete. Wenn er unvernünftig war und dabei vernünftig zu sein glaubte, dann war es ganz wahrscheinlich, daß der an sich vernünftige Sinn des Buches zu einer von ihm für vernünftig gehaltenen Anekdote wurde. Unbehau hatte nicht gerade Kant gelesen, aber er hatte die Kritik der reinen Vernunft in der Hand gehabt. Seine Halbgebildung wurde ihm nun vollends zum Verhängnis; besonders da er sich infolge seiner nervösen Geistesleiden der Unsicherheit des menschlichen Erkennens nur gar zu bewußt war. „Wer kann wissen“, sagte er sich, „wie die Dinge wirklich sind? Ich nehme sie so wahr, wie sie mit meine Sinnesorgane erscheinen lassen. Wären die Sinnesorgane anders konstruiert, würde die Welt ein ganz anderes Aussehen für mich haben. Das geht freilich andern Leuten genau so wie mir; aber bei mir ist es doch was anderes; denn früher sah ich die Dinge wirklich anders als jetzt. Früher sah ich die Welt bunt, freundlich, warm, sozusagen ohne Bedenken; die gute Laune und Lehenstufen, mit der ich die Dinge betrachtete, strömte mir aus ihnen verflüchtigt zurück. Jetzt ist alles kalt, leblos, feindselig, drohend und dabei unwirklich vor mir stehend, gespenstisch. Also ist es richtig, ich bin aus dem Gefelle geworfen. Gottlieb sagt, ich wäre schon immer abnorm gewesen. Hans! Gottlieb kann recht haben! Ich bin anders als die andern; wer hat denn jemals meine Liebhaberei für die Steine verstanden? Der Museumsdiener, aber der ist nicht maßgebend. Leps? Vielleicht bildete ich mir das eben auch nur ein. Man kann nichts wissen. Noch nicht einmal, ob ich wirklich Hans getötet habe. Aber auch nicht, ob ich verurteilt bin.“

Nach solchen Betrachtungen ließ er, einer geschlachteten Gans vergleichbar, seinen unflugen Kopf noch tiefer als gewöhnlich hängen. Der leimige Sumpf, in den ihn sein Schwager gestürzt hatte, hielt ihn fest, und jeder krampfartige Versuch, sich zu befreien, zog ihn nur noch tiefer hinein. Trotzdem war er noch nicht am Ende, er reitete sich noch einmal und sah'se Fuß auf der Insel seiner Steine.

„Ihr seid mir sicher!“ sprach er zu den Steinen. „Ihr seid hart und schwer und im Vergleich zu untrer kurzen Lebenszeit unveränderlich. Ich kann die Form der in euch eingeschlossener Kristalle zeichnen und die Kantenspitzen messen, und ich finde Form und Zahl im Buche wieder. Vielleicht ist das nur ein Verstandesrest aus besseren Tagen, aber es ist etwas, an das ich mich halten kann. Unendliche Fälle in der Einheit des Wortes Stein, Schmutz, Reichum, Vielgestaltigkeit, mehr als genug, ein Menschenleben auszufüllen. Man will von mir nicht mehr, als daß ich vegetiere; gut, ich befeide mich. Ich bin ein Stümper in der Wissenschaft, noch weniger, nur ein Genießer ihrer Erkenntnisse. Ich gleiche einem Menschen im dunklen Keller, der eine Stecknadel wegwirft und wieder sucht, um die Zeit zu überwinden; aber man schilt den Unglücklichen nicht, der sich so zu erhalten sucht.“

Und er vertiefte sich in die Bücher seines gelehrten Onkels und trieb, wovor er sich früher aus Bequemlichkeit geschützt hatte, eine beschwerliche Kristallographie, die bereits nicht mehr zeitgemäß war. Er legte parallele und schiefe Flächen an gedachte Kristallflächen und freute sich, als seiner Vorstellungskraft das Bild eines Bierwandlungsflächennetzes gelang. Die Tätigkeit des Ordneus seiner Stücke genügte ihm nicht mehr, er beehrte sich unerschrocken über den chemischen Bau der Mineralien und las über Entstehen und Vergehen der Gesteine nach. Er hatte das sonst auch schon getan, aber nebenbei und sich zur Last; jetzt war ihm der Augenchein, die in Rastchen untergebrachte und mit Werkzeugen versehene Geschrammel verächtlich, und er versuchte, das geologische Weltbild großer Geister nach zu denken. Immer mit dem Gefühl seiner Minderwertigkeit und überzeugt, zum rechten Verständnis unfähig zu sein. Es waren, wie er sich selbst sagte, Versuche eines Narzen, zwecklos angestellt; denn für ihn gab es keine Zwecke mehr, Schlapppulver für gekrümmte Nerven, armselige Pfaster für ein zerbrochenes Selbstbewußtsein. Da ihm die Tiefen der Philosophie unzugänglich waren, bohrte er sich mit Hilfe seiner Lehrbücher in die Tiefe der Erde ein. Der stauige, unbekannte Kern des Erdballes ließ ihn verhältnismäßig kühl. Aber dann, über diesem Kerne kamen die Gesteine.

„Tribolithe, Steinrund,“ dachte er bewunderungsvoll. „gehobene Schichtenbildung, die gewaltiger Panzer, erdrückende Vorstellung! Und doch, was bist du vor dem Auge der Ewigkeit? Ein schmieglamer Teig, ein Fluß, ein vergänglich Auf und Ab. Eingezwängt und benagt von der Erdkruste und vom Wasser, von unten und oben, ist nichts an dir beständig. Hier steht das blante feurige Metall eine neue Mofschicht an, dort schmilzt die Hitze der Tiefe einen Gneis, der einstmals Meeresland war und vordem Granit, um dessen Faden und Grate die Adler flogen. Hier zerspringt die Steinrinde der Kruste in Schollen und Lava vertilgt die Fugen, dort zerbricht Eis den Krater eines Vulkans. Dem Fels entfliehe Erde fliehen im Wasser und wachsen aufs neue schimmernd in Höhlen und Gängen. So ist die schwere Wucht der taufend Gesteinsarten mit ihren abertausend Bestandteilen, mit ihren Kristallen und Gläsern, deren unausschöpfbare Mathematik und Chemie wir zu erforschen trachten, mit ihren unendlich zahllosen Einzelgebilden, die vielleicht Jahrhunderttausende zu ihrer Entstehung brauchten und ebensolange zu ihrem Vergehen brauchen werden, ein einziger Springquell, der immer den gleichen, durchsichtigen Sprudel emporwirft. Der Granit zerfällt in Gries und Schot, die harten Funkeleptonen des Granates im Klotz zerwickeln zu weichem Chlorit, und das bildende und verzehrende Feuer und Wasser unten und oben, beide sind auch nicht ewig. So löst sich mit endlich der Gegenstand Stein wie alles Gegenständliche zu einem wechselnden Zustande des Seienden ab. Weißen Männern wird dies immer bewußt gewesen sein, mit Tor wird es erst jetzt bemußt. Einst liebte ich die Steine um ihre Schönheit und Mannigfaltigkeit. Dann verehrte ich in ihnen Symbole des in sich ruhenden Seins, jetzt leuchtet mir aus ihnen ein großer Gebante entgegen. Denn weiter hinauf, über dem von der Glut und vom

Wasser erzeugten Unbestand der steinernen Erdschale breitet sich zwischen Wasser und Luft eine neue Schicht, die Biosphäre der Gelehrten, die Kugelschicht des Lebens, hauchdünn wie auf einer weiten Wasserfläche verschüttetes Öl, das gleichwohl die Wellen händigt. Früher hielt ich den Ausbruch Biosphäre für schlecht gewählt, denn die Steinschale, die Wasserschale der Erdkruste bezeichnen Gegenständliches, wie ich glaubte, und die Lebenschale schien mir einen Zustand zu bezeichnen. Jetzt wern ich, daß Gegenstand und Zustand nur Ausdrücke der menschlichen Beschränktheit sind. Das Leben ist genau so sehr Gegenstand wie der Stein. Es ist körperlich wie der Stein, es ist wie der Stein ein Zustand des Seienden, ein schmieglamer Teig oder ein Springquell; die Sprache hat nur dürftige Bilder. Alles, was für die Steinschale gilt, gilt auch, nur leichter und feiner, für die Schale des Lebens. Wir Einzelwesen gleichen den Kristallen eines Gesteines, austrittsilliert aus der Mutterlauge, dem Glasfluß des Lebens. Und wie die Kristalle sich selbst genug sind und, wenn sie dächten, den Stein, den sie zusammensetzen, für einen Begriff halten würden, so halten auch wir das Leben für einen Begriff. Wir halten uns für die Hauptsache, während wir nur Einpräglinge in der noch unerklärten, tätigen Grundmasse Leben sind. Diese Grundmasse des Lebens ist beweglicher, leichtflüssiger als die des Steines, und deshalb ist auch die Schnelligkeit des Geschehens größer als im Stein. Aber alles Leben ist Masse, Materie; jeder Gedanke besteht aus Massenteilen, die an uns anschließen wie neue Nadelchen an eine Klobstume, und die von uns abgestoßen werden wie die Molekel eines Stückes Zucker, das sich im Wasser löst. Alle scheinbaren Entfindungen des Menschengeistes schweben als Kristalleime in der Mutterlauge der Biosphäre, die größten kristallisieren als tierische Eigenschaften und Tiere, die feineren als Menschlichkeit und die feinsten sind für unseren groben Bau zu fein. Aber je mehr von den groben, schwerbeweglichen zum Niederschlag kommen, um so mehr wird Platz für die feineren, und endlich einmal werden die feinsten uns zum Bewußtsein, zum wahrhaften Sein also, kommen. Große, erhabene Geister sind Edelsteine, die die feinsten Atome in klarster Reinheit an sich reifen. Aber das Edelste ist gleichmäßig verteilt im Lebensbrei; auch meine schlechte, gemeine Natur ist imstande, Diamantkristalle aus der Umgebung zu sammeln. Alles Geschehen ändert die Zusammensetzung der Grundmasse und läuft auf eine endliche Vollkristallisation wie bei einem Granit hinaus, die dann freilich wieder eingeschmolzen werden kann. Alles ist bereits von jeher vorhanden; aber die Veränderung der Grundmasse nennen wir Entwicklung. Wie klar, wie selbstverständlich ist das alles, und auf die geheimsten Dinge fällt helles Licht. Die gewöhnlichen Träume sind Lösungsprozesse, bei denen Teilchen von unzerem geistigen, das ist feinstkörperlichen Sein, abgestoßen werden; die Wahträume, die zweiten Gesichte, die schreckhaften Erscheinungen des Okkultismus sind solche abgestoßene Teilchen, die in einem fremden Gehirn zum Niederschlag kommen. Es gibt ein Vorher und Nachher, aber nur wie Wasser über: ein Wehr steht, und leicht mag es sein, daß Regentropfen, die vor oder nach Jahrtausenden als Quellwasser über das Wehr fließen oder fließen werden, heute sich mit dem Wasser des Falles mischen. Dafür haben wir das Wort Entfall; und warum soll es nicht möglich sein, daß aus Vergangenes, Zukünftiges oder gleichgültig irgendwas in der Ferne Geschehendes einfällt, da ja doch alle Reime des Geschehens gleichzeitig vorhanden sind und viele von ihnen einander so ähnlich sein werden, daß bei ihrem Festwerden im Bewußtsein genau der gleiche Eindruck in meinem und in einem andern augenblicklich „Ich entsetze form?“ Warum soll, wie die Leute sagen, das Übererlaufen nicht ein unverständenes Signal für einen solchen „Entfall“ sein? War könnte also auch ein Gespenst sehen, obgleich ich gewöhnt bin, das für Übergläubigen zu halten.“

(Fortsetzung folgt.)

China und die Chinesen.

Die Vorstellungen, die wir Europäer über China und die Chinesen haben, sind zumeist bestimmt durch Darstellungen von Reisenden, die in das Denken und Fühlen der Chinesen nicht genügend eingedrungen sind, denen zumeist die Voraussetzungen fehlen, um die Kultur eines andern Volkes voll zu verstehen; gründliche logologische Kenntnis, die sich erst aus dem Vertrautsein mit dem historischen Materialismus ergibt. Die europäische Kolonialpolitik hat — abgesehen von ihrem letzten Zweck, der Bereicherung des Kapitalismus und ihrem diesem Zweck entsprechenden Raubcharakter — überall darunter gekittet, daß die Kolonialisten niemals das rechte Verständnis für die Eigenart fremder Völker gehabt haben. Sie kamen mit europäischen Ansichten und glaubten, europäische Einrichtungen und Gebräuche Wälfen anderer Kultur einfach aufzupropfen zu können. Die Folge war die blut- und schmutztriefende Epoche der europäischen Kolonisation, die mit der Entdeckung Amerikas beginnt und heute noch „blüht“.

Wenn für die Frühzeit der modernen Kolonisation Gründe der Entschuldigung für die Kolonialisten zu finden wären, so sind solche nicht mehr stichhaltig, seitdem wir eine Ethnologie haben, die von einem Morgan befruchtet worden ist wie die Naturwissenschaft von einem Darwin. Ungleich schwerer aber als der Darwinismus hat sich die Entdeckung Morgans von dem wahren Charakter der Gens und der ganzen menschlichen Urgesellschaft durchgesetzt, eine Entdeckung, die in Morgans eine neue wissenschaftliche Epoche einleitend dem Buche: Die Urgesellschaft, niedergelegt ist. Denn jeder wissenschaftlichen Erkenntnis, die dem Weltbilden und der Ausbeutung Abbruch zu tun droht, ist es in der kapitalistischen Gesellschaft im stärksten Maße erschwert, Anerkennung zu finden. So geht es dem Marxismus, so geht es Morgan und seinen Schülern.

Um so mehr ist es zu begrüßen, wenn trotzdem Gelehrte, unbekümmert um materielle Vor- oder Nachteile lediglich ihrer wissenschaftlichen Erkenntnis folgend, die Ergebnisse ihrer Forschungen vorlegen, wie es jetzt wieder Dr. Eduard Erkes mit seinem tapferen Schriftchen: „Chinesen“ getan hat. Das 84 Seiten starke Büchlein ist die Arbeit eines Gelehrten, der China aus eigener Anschauung kennt und es als historischer Materialist durchforscht, der also imstande war, einen weit tieferen Blick in das bisher so geheimnisvolle Reich der Mitte zu tun als Reisende, die mit Europas Vorurteilen behaftet oder von niedriger Erwerbsgier getrieben keine Klippen betreten. Aus Erkes Schriftchen spricht der an Morgan geschulte Ethnologe und der Mensch mit tiefem Verständnis für fremde Eigenart und Kultur. Erkes zeigt die Chinesen als ein Volk von alter und hoher Kultur, er zeigt die Zusammenhänge ihres gesellschaftlichen Lebens, das noch jetzt vom Genikismus beherrscht wird. Er rückt China und die Chinesen unferm, d. h. dem sozialistischen Verständnis näher und unterzieht die europäischen Kolonisations- und Missionsbestrebungen einer in ihrer Sachlichkeit vernichtenden Kritik. Ein ausführliches Referat über das Schriftchen geben, hieße einige Artikel schreiben; in einem einzigen Heft die Fülle des Gebotenen lediglich registrieren. Erkes verfügt über eine vorzügliche Darstellungsgabe, die einen gewaltigen Stoff auf engem Raum zu meistern versteht. Wenn wir uns mit einigen wenigen Partien nicht völlig einverstanden erklären können — so mit der Auffassung (S. 66), daß die europäische Kulturentwicklung alle sozialen Ver-

bindungen zerrissen habe, in welcher Auffassung uns die moderne Arbeiterbewegung nicht zutreffend bewertet erscheint, und ferner mit der Hypothese (S. 47), China könne sich die europäische Technik aneignen, ohne deshalb die kapitalistische Produktionsweise mit all ihren trüben Begleiterscheinungen übernehmen zu müssen — so würden diese bei ausführlicher Begründung wahrheitsgemäß auch noch Uebereinstimmung ergeben.

Wir wünschen dem Schriftchen weiteste Verbreitung.

**Kino und Erziehung.**

In Berlin soll jetzt ein Jugendkino gegründet werden. Es wäre erfreulich, wenn jede, auch die kleinste Stadt, in dieser Richtung im Sinne unrer Jugendpflege voringe. In einem Vortrage, den der Wiener Jugendrichter Dr. Fraie kürzlich über Kino und Jugendkriminalität in Wien hielt, führte er auf Grund seiner eigenen Erfahrung den Nachweis, wie häufig für die jedem Eindruck offene und gegenwärtig besonders hemmungslose Jugend durch das Kino nicht nur der Anreiz, sondern geradezu die schuldige Anleitung für verbrecherische Taten geboten wird.

Eine Kinokommission hat in 250 Stücken einer Firma 97 Morde, 45 Selbstmorde, 35 Trinker, 22 Entführungen, 176 Diebe, 25 Prostituierte usw. festgestellt. Das ist der Inhalt der sogenannten Dramen, die 62 Prozent aller Kinodarbietungen ausmachen. (Schlimmer als der Inhalt, der ja auch im künstlerischen Norddrama oft ähnliche Motive bringt, ist natürlich das Bild, die Form und die Aufmachung der Kinodramen.) 22 Prozent bestehen aus „humoristischen“ Filmen, wie man diese fast ausnahmslos albernem Nachwerke nennt, und nur 16 Prozent aller Filme haben einen belehrenden Inhalt. Bei solchen Darbietungen ist die verderbliche Wirkung des Kinos unvermeidlich.

Das Gemeindekino kann uns allein von solcher Unkultur befreien. Das kapitalistische Kino wird stets versuchen, aus den niedrigen Instinkten des Menschen Geld herauszuschlagen. Die Tatsache, daß alle Versammlungen und Resolutionen und Beschlüsse keine wesentliche Besserung gebracht haben und daß das Resultat obiger Statistik noch möglich ist, beweist, daß das private Kino verschwinden muß. Das verlangt vor allem das Recht der Jugend. Die Jugend hat besondere, belehrende und erziehende, dem jugendlichen Herzen und Sinn entsprechende Filme nötig. Gerade solche Filme, die den größten erzieherischen Einfluß auf die Jugend auszuüben vermögen, sind es aber, die sich, wie die Kinobesitzer sagen, am wenigsten „rentieren“. Daher schreiben die wenigen Kinobesitzer, die solche Vorstellungen bringen, die Kosten von vornherein auf die Verlustseite.

**Kleine Chronik.**

„Der Gipfel der Freiheit“ ist tatsächlich im Baitenberg-Theater mit dem sogenannten Schwanz Wan-Eta erzieht! So etwas von habneidlichem Biss in einem Publikum vorzuführen, ist allerhand Dreistigkeit. Aber bitte, die Schuldigen sind doch in allererster Linie die, welche vorn im Parterre mit ausgebreiteten Gehtzen sitzen und den Hundstagschmarren begutten. Die bürgerlichen Spieler, die Erbspächer der „Bildung“ sind es, dieseigen Leute, die einen Teilzeit in die Parterrejaue zwingen, die da, wo ein Danton sie vergebens aufzurücken suchte, den Schand ohne Glorie beschmagen. Wan-Eta könnte eine nette Verhöhmepielung des schredenden Atjungsfern-Spiritismus sein, wenn das Motiv mit Geist und Witz durchgeföhrt würde. So ist es eine lächerliche Spottgeburt aus alten, sehr alten, uralten Schwanzmähgen, die schmierhaft vorgetragen werden. Mancher der Darsteller könnte wohl mehr aus seiner Rolle machen, wenn nicht das Publikum — auch so schon zufriedene wäre. Vor allem hinter einer gewissen Gertrud Weiersbach scheint etwas zu stecken. Ly.

**Sozialistischer Rede- und Bescheid.** Donnerstagsabend 1/8 Uhr in der Braustraße 17 Vortrag des Genossen Wolf über: Proletarische Freudenler.

Das deutsche Buch auf der Frankfurter Messe. Im Zusammenhang mit der Frankfurter Herbstmesse ist eine große repräsentative Ausstellung der deutschen Export-Verlage geplant, die unter dem Namen „Das deutsche Buch“ von der Deutschen Gesellschaft für Auslandsbuchhandel veranstaltet wird. Diese Ausstellung wendet sich nicht nur an den deutschen Bücherliebhaber, sondern vor allem auch an den ausländischen Fachmann und Bücherfreund. Sie stellt lediglich eine Vertretung der in der genannten Gesellschaft zusammengeschlossenen Qualitätsverlage vor und beabsichtigt keineswegs in Wettbewerb mit der Leipziger Buchgewerbemesse zu treten. In der Musterausstellung, die sich in den bisherigen Ausstellungsformen hält, werden das deutsche Buch, der Buchhandel und der Lehrmittelverlag vertreten sein. Auch das Buchgewerbe findet seine besondere Berücksichtigung; es ist beabsichtigt, den technischen Vordgang eines Buches in seinen verschiedenen Stufen gelondert vorzuführen. Der repräsentative Charakter der Ausstellung aber kommt vor allem in der neuartigen Milleu-Ausstellung zum Ausdruck, bei der die Bücher in ihrer natürlichen Umgebung — Gelehrtenzimmer, Damenbibliothek, Kinderzimmer, Musikalon, Bücherei eines Kunstfreundes, Gewerkschaftsbibliothek, Mutterbuchladen u. a. — erscheinen sollen. Die betreffenden Räume werden nach künstlerischen Entwürfen von Möbelfirmen ausgestattet. Im Zusammenhang mit der Ausstellung sind verschiedene Kongresse von Bücherfreunden und wissenschaftlichen Gesellschaften geplant, die dazu beitragen werden, das allgemeine Interesse des Auslandes für eine derartige Webersicht über die geistige Produktion im heutigen Deutschland zu wecken. Auskünfte erteilen die Deutsche Gesellschaft für Auslandsbuchhandel, Leipzig, Kreuzstraße 3b, und das Regamt in Frankfurt a. M.

**Eingelautete Schriften.**

Lebendiger Stahl, Novellen von: A. Adelt, M. Epth, N. Jacques, J. Jürgenfen, A. Kipling, Th. Mann, S. Mayer, C. Koh, O. Kung, S. Wells. Herausgegeben von Leonhard Adelt. Volksverband der Bücherfreunde Wegweiser Verlag G. m. b. H., Berlin.

Julius Versti, Kanettchen und die Liebe, Roman. Verlag Rudolf Mosse, Berlin SW. 68, Kronen-Bücher Nr. 59. Preis 3 Mk.

Hanns Heinen-Steinhoff, Spartakus. Historisches Schauspiel. Kienverlag, Leipzig.

E. Teslin, Freiheit oder Gewalt? Verlagsgenossenschaft „Neue Erde“, Wien, VII, Mariahilfstraße 74a, III/19. Preis 3 Kronen = 1.50 Mk.

Leopold Reinagl, Sozialfierung durch die Selbstverliger-Genossenschaft, Verlagsgenossenschaft „Neue Erde“, Wien, VII, Mariahilfstraße 74a, III/19. Preis 3 Kronen = 1.50 Mk.

Rittmeister v. Rosenber, Die Bildung russischer nationaler Formationen an der baltischen Front. Herausgegeben von der Redaktion Russische Korrespondenz.

R. Fuchs-Lista, Die verzerrte Himmelsmacht. Roman. Verlag von Hesse u. Becker, Leipzig. Preis 12.50 Mk., geb. 16.50 Mk.

Dr. Eduard Erkes, Chinesen. Nr. 30 der Zeilen-„Merel“, Leipzig 1920. Verlag von Ditz u. Weber m. b. H. Preis 3 Mk., und 20 Prozent Buchhändlerzuschlag.



Die Konferenz von Spa und der Zusammenbruch des Imperialismus.

III.\*

Gutmeinende Ideologen, bürgerliche und reformsozialistische Demokraten voller Illusionen predigen dem Imperialismus Moral, bemühen sich, ihm begrifflich zu machen, daß die Fortführung der internationalen Wirtschaftsanarchie mit absoluter Sicherheit in den Abgrund führen muß.

Abgesehen von dem allgemeinen Vorhandensein der Idee der absoluten Interessensharmonie schöpft die Presse, die das imperialistische Raubtier bändig und kulturfähig machen möchte, ihre Argumente hauptsächlich aus dem vielbesprochenen Buch des englischen Finanztheoretikers J. M. Keynes: „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“

Der eigentliche Kern des Buches ist folgender: Der Friede von Versailles steht mit den 14 Punkten Wilsons, die ursprünglich als die Grundlage des Friedensschlusses angesehen wurden, in kräftigstem Widerspruch.

Keynes macht denn „tastende Vorschläge“ zur Rettung Europas. Er fordert die Revision des Versailler Vertrages; die von ihm auf 40 Milliarden errechnete Summe für Wiedergutmachung soll auf Grund der Materiallieferungen auf 30 Milliarden herabgesetzt und dieser Betrag bis zu seiner Bezahlung keine Zinsen tragen und von Deutschland in 30 Jahresraten von 1 Milliarde Gold ab 1923 beglichen werden.

Seinem eigenen Lande mutet der englische Finanzmann eine große Entfugung zu, indem er weiter vorschlägt, daß wir unsere Aufrichtigkeit und Vertrauenswürdigkeit durch die Tat beweisen und demgemäß England seine Forderungen von Barzahlungen zugunsten Belgiens, Serbiens und Frankreichs ganz aufgeben sollte.

Zum Schluß untersucht Keynes die Beziehungen Mitteleuropas zu Rußland, fordert im Interesse des europäischen Wiederaufbaues, des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts die sofortige Aufnahme und Förderung der Verbindung zwischen Mittel- und Osteuropa, wobei allerdings die vage Hoffnung eine starke Rolle spielt, daß es dem deutschen Ingenieur und Kaufmann gelingen werde, mit dem gefährdeten Bolschewismus fertig zu werden und damit die soziale Revolution überhaupt einzudämmen.

Die Stellung der gegenwärtigen bürgerlich-imperialistischen Gesellschaft zum revolutionären Proletariat, die Gefahren, die der bestehenden Ordnung aus der sozialen Revolution erwachsen können, spielen in dem Buch von Keynes eine nicht geringe Rolle.

Das ist ganz schwarz in schwarz gemalt, auf den Ton der antibolschewistischen Liga gestimmt. Gegen die soziale Revolution des Proletariats, die er immer wieder variiert, hat Keynes tiefstes Grauen und Entsetzen; neubildende, schöpferische Kraft mißt er, der eingefleischte Bourgeois, ihr nicht zu, wenn er folgende Andeutungen über Europas nächste Zukunft macht: „Die einzige Sicherung gegen Revolutionen in Mitteleuropa ist allerdings die Tatsache, daß sie selbst den Verzweifeltsten keine Aussicht auf irgendeine Besserung ihrer Lage bietet.“

Der hier mit Skeptizismus gezeichneten Zukunft würde Europa, die Menschheit entgegengehen, wenn das internationale revolutionäre Proletariat als passives, ergebendulndes Element alle Schrecken und Leiden des kapitalistischen Verfalls, des Rückganges in die Barbarei widerstandslos über sich ergehen lassen würde.

Eine Konferenz der sächsischen Arbeiterräte und deren Angestellte

tagte am 5. Juli in Chemnitz. Anwesend waren 41 Vertreter, und zwar 12 U.S.P., 10 M.S., 19 A.P.D. und 1 D. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über die Tätigkeit der Zentrale und der Arbeitskommission für neue Richtlinien. 2. Die Beordnung des Gesamtministeriums vom 21. Juni 1920 und das Verhalten des Vollzugsausschusses vom Landesarbeiterrat.

Wolke (Döbeln) gab einleitend die Veranlassung und den Zweck der Konferenz bekannt und besprach das Verhalten des Landesarbeiterrats. Bezüglich der Verfüzung der sächs. Regierung über Aufhebung der Arbeiterräte bezweifelt er das Recht der Regierung. Er bezieht sich dabei auf Äußerungen eines Juristen zu dieser Frage.

Wolke berichtete in ausführlicher Weise über die Tätigkeit der Zentrale und der Arbeitskommission für die Richtlinien. Ihre Arbeit schaltete an der Gleichgültigkeit des Vollzugsausschusses, der es nicht einmal für nötig hielt, ihre Eingaben zu beantworten. Kennzeichnend ist, daß sich der Vollzugsausschuss des Landesarbeiterrats ganz eigenmächtig auflöste, ohne erst den Landesarbeiterrat zum Einverständnis zu ziehen.

Wolke berichtete auch zum dritten Punkt. Er ist der Auffassung, daß an den Arbeiterräten festgehalten werden müsse. Mardor (Gaußlich) will unter allen Umständen die Erhaltung der Arbeiterräte und wünschte für das Weiterbestehen derselben den Kampf aufzunehmen.

Sozialist (Frankenberg) ging auf die Tätigkeit der Arbeiterräte ein und ist der Auffassung, daß die Arbeiterräte als Säulenstütze für die Amtshauptleute benutzt worden sind. Er betrachtet die politischen Arbeiterräte als die Träger der revolutionären Bewegung.

Schrörs (Leipzig) sprach für die Arbeiterräte und berief sich dabei auch auf das Aktionsprogramm der U.S.P. Er erklärte weiter, daß die Arbeiterräte eine Frage der politischen Macht seien. Solange die U.S.P. nicht die politische Macht habe, könnten wir das nicht durchzuführen, was wir alle wünschen.

Friedel vom Volksgesundheitsrat, der jedoch erschienen war, verteidigte den Beschluß des Vollzugsausschusses damit, daß der Landesarbeiterrat nicht mehr das Spiegelbild der Arbeiterräte Sachsens gewesen sei. Auch sei derselbe der Meinung gewesen, daß die Regierung die Finanzierung für die Einberufung einer Konferenz abgelehnt hätte.

Maler (Mittweida) sprach sich gegen die Arbeiterräte als Nebenregierung aus. Sie müßten aber bestehen bleiben als Sicherung gegen reaktionäre Umschläge von rechts.

Granz (Limbach) hält es für selbstverständlich, daß wirtschaftlich und politisch Arbeiterräte Hand in Hand arbeiten. Auch er ist gegen ein Zusammenarbeiten mit den M.-S.

Maler (Mittweida) will Anhänger des Rätesystems sein, sich aber nicht zur Diktatur des Proletariats bekennen.

Grube (Wüha) ist der Überzeugung, daß wir, solange wir nicht in die Verwaltung selbst eindringen und sie dadurch demokratisieren, niemals den notwendigen Einfluß ausüben können. Es sprechen noch eine Anzahl weiterer Redner. U. a. erklären Wolke (Döbeln) und Granz (Limbach), daß es keinen Unterschied zwischen Rätesystem und Diktatur gebe.

Bei der Abstimmung über diese Frage stimmten von 41 Vertretern 36 Vertreter für das Rätesystem und 5 dagegen (4 M.-S. und 1 D.). Von 10 mehrheitssozialistischen Vertretern stimmten 6 Vertreter mit der Mehrheit.

Folgende Resolutionen Salhauser (Crimmitschau) wurde gegen 5 Stimmen angenommen:

Die Sperrung der finanziellen Mittel für die bestehenden Arbeiterräte durch die sächs. Regierung darf kein Grund sein, daß sich die Arbeiterräte Sachsens auflösen. Vielmehr muß die Sperrung der Mittel für die Arbeiterräte der Ansporn sein, Arbeiterräte aus eigener Kraft zu schaffen.

Angenommen wurde noch folgende Resolution Wolke gegen 5 Stimmen:

„Die am 5. Juli 1920 in Chemnitz versammelten Arbeiterräte verurteilen aufs schärfste das Verhalten des Vollzugsrates von Sachsen, der ohne Anhörung des Landesarbeiterrats sich auflöste und gemeinsam mit der Regierung den bestehenden Arbeiterräten die Grundlage ihrer bisherigen Tätigkeit entzogen hat.“

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Lohnbewegung im Gastwirtsgerwebe.

Die Arbeitsgemeinschaft der Gastwirte gibt heute durch Rundschreiben ihren Mitgliedern folgendes bekannt:

Nachdem in der letzten Kommissionsitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Vertreter der Angestellten unser Angebot abgelehnt und wiederum gewaltige, für uns unmögliche Forderungen stellten, hat der große Tarifauschuss beschlossen, die in beigefügter Tabelle seinetzeit angebotenen Lohnsätze nunmehr mit Rückwirkung vom 1. Juni 1920 zur Auszahlung zu bringen.

Die Kollegen und Kolleginnen können diese Nachzahlung unter Vorbehalt annehmen. Die Schlussabrechnung wird in nicht allzu langer Zeit dann von uns erfolgen.

Bis heute ist eine Antwort auf unser letztes Angebot noch nicht eingegangen und aus obigem ist zu ersehen, daß dies auch nicht in der Absicht der Herren von der Gastwirtsvereinsleitung liegt. Scheinbar absichtlich wird der großen Masse der Gastwirte vorenthalten, daß die Angestellten mit ihren Forderungen um ein bedeutendes zurückgegangen sind und das die geforderten Löhne weit hinter denen der Industriearbeiter zurückstehen.

Eine kleine Zahl von Gastwirten unter Führung eines ehemaligen Hoteliers versucht hier, um seinen Nachteil zu befriedigen und der Profitgier einzelner Rechnung zu tragen, einen Kampf heraufzubeschwören. Durch die Befugnisse und Ruhe der Angestellten ist dies bis heute noch zu vermeiden gewesen. Aber auch die Geduld der Angestellten hat einmal ein Ende.

In der gesamten Nahrungsmittelindustrie sehen wir daselbe Bild. Die bescheidensten Forderungen der Angestellten bleiben unberücksichtigt. Die Not wird uns alle zusammenführen und den richtigen Weg zeigen. Auch für uns ist der Tag nicht mehr fern, an welchem wir frecher Unternehmerwillkür ein Halt zurufen werden.

Nachmals erklären wir hiermit, daß wir nie und nimmer darauf eingehen werden, uns die Lohnsätze von den Gastwirten diktiert zu lassen. Wir werden in Zukunft unsere Arbeitskraft nur bei entsprechender Bezahlung zur Verfügung stellen. Die Fellen sind vorüber, wo es den Unternehmern möglich war, die Angestellten bei schlechter Kost und Wohnung, ohne Lohn, auf die Wohlthaten anderer angewiesen, zur Arbeit zu treiben.

Die Angestellten werden unter allen Umständen ihre Lohnbewegung zu Ende führen und sich nicht scheuen, alle gesetzlichen zulässigen Mittel in Anwendung zu bringen.

Die Lohnkommission der Gasthausangestellten.

Zimmererstreik in Leipzig.

Am 3. Juli lehnten die Unternehmer im Baugewerbe einstimmig den selbst beantragten Schiedspruch ab, der Lohnserhöhungen von 50, 60 und 70 Pfg. brachte. Die Vertreter des Bezirksarbeitgeberverbandes von Sachsen vereinbarten darauf mit den Arbeitnehmervertretern eine allgemeine Lohnserhöhung von 55 Pfg. Auch diese Vereinbarung wurde von den Unternehmern einstimmig abgelehnt.

Es wird von der Unternehmerorganisation versucht, diese Angelegenheit nochmals vor ein Schiedsgericht, das Haupttarifamt zu bringen, was die Arbeiterchaft im Baugewerbe ablehnen muß, da ihr zur Genüge bekannt ist, wie Schiedsprüche und Vereinbarungen von den Unternehmern gehalten werden. Die Zimmerer Leipzigs nahmen in einer Mitgliederversammlung Stellung zu der Tarifangelegenheit und beschloßen einstimmig, die Dresdner Vereinbarung durchzuführen, wenn notwendig unter Anwendung von Kampfsmitteln. Am 21. Juli legten in sechs Betrieben

\* I und II siehe Nr. 132 und 133.



